

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. Zahl Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N. 24, Elsasserstr. 86-88¹¹¹
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 24.
Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Seheldts, Auguststraße 8. — Redaktionsheft: Montag.

Insertion. Für die viergespaltige Politika oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitteilungen sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. (Bülgewerke nach Übereinstimmung.)

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Um die Arbeitslosen-Versicherung. Rundschau. Politische Monatschau. Handelspolitik und Schutzzölle, IV. Ein Wort von der Freiheit. — **Allgemeines:** Berufsstolz im Lichte der kapitalistischen Entwicklung. Die Papierverarbeitung im neuen amerikanischen Zolltarif. Erwiderung zu meinem »geschwänzten« Artikel. Die neue Gehaltsskala. Ortsberichte: Erfurt, Itzehoe, Leipzig, Lübeck, München, Rheydt, Schwerin i. M. — **Der Lithograph:** Di: Auskunfft. — **Die photomech. Fächer:** Zum Artikel: Die Lichtdrucker und der Tiendruck. — **Photogr. Mitarbeiter:** Gegen die Zwangsinnungen. Aus den Sektionen: München. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Vom Bühertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Kupferdrucker, Achtung!

Dänemark. In der *Nationalbank in Kopenhagen* ist zwischen den Kupferdruckern und der Firma *H. H. Thiele (Inh. S. Wedege)* ein Konflikt ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Die Konjunktur, die in den Jahren nach der letzten schweren Wirtschaftskrisis einigermaßen befriedigend war, befindet sich schon wieder einmal in einem rapiden Niedergange. Das gesamte Wirtschaftsleben ist von einer neuen schweren Krisis bedroht. Die Absatzmöglichkeiten verringern sich immer mehr und infolgedessen gerät auch die Produktion in den verschiedensten Industrie- und Gewerbezeihen ins Stocken. Wenigstens wird sie in vielen Betrieben bereits ganz wesentlich eingeschränkt. Zahlreiche Arbeiter werden dadurch überflüssig. Sie werden entlassen und stoßen zu der Armee der Arbeitslosen, die wieder in ständigem Steigen begriffen ist. Die Arbeitslosigkeit, diese furchtbare Begleiterscheinung der privatkapitalistischen Produktionsweise, nimmt immer größere Dimensionen an. Ihre verheerenden Folgen für Tausende und Abertausende von Arbeiterfamilien, für die gesamte Arbeiterschaft, machen sich immer mehr und mehr fühlbar.

Diese Tatsachen allein schreien geradezu nach Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen zu verringern und, wo sich das nicht durchführen läßt, ihre Folgeerscheinungen für die Arbeiterschaft soweit als möglich zu mildern. Eine rationelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist, solange die wilde, anarchistische privatkapitalistische Produktionsweise herrscht, ausgeschlossen; das Übel wird erst ausgerottet werden können, wenn der Kapitalismus abgelöst ist durch den Sozialismus, da nur mit der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel eine durchgreifende Regelung der Produktion möglich sein wird. Zu den Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit gehört in erster Linie die Beschaffung von Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen durch die Gemeinden, die Staaten und das Reich. Unter den Maßnahmen zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit steht an erster Stelle die Arbeitslosenversicherung, deren Pflege

Die Adresse des Hauptvorstandes ist jetzt

OTTO SILLIER, BERLIN N 24,
Elsasserstraße 86-88¹¹¹.

Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu adressieren an

PAUL BARTHEL, BERLIN N 24,
Elsasserstraße 86-88¹¹¹.

Telephon für Hauptvorstand und Redaktion: Amt Norden, 5246.

sich in Deutschland bisher nur die Gewerkschaften und einzelne Gemeinden angelegen sein ließen. Grade diese Arbeitslosenversicherung steht, wie es in dieser Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit nur ganz natürlich ist, gegenwärtig wieder einmal im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Der Kampf um ihre Einführung durch die Gemeinden, Staaten und das Reich ist auf der ganzen Linie entbrannt.

In vielen Orten, in deren Parlamenten eine starke und einflußreiche Arbeitervertretung ein Wortchen mitzureden vermag, wurde bereits zur Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung geschritten. Eine Zusammenstellung solcher kommunaler Versicherungseinrichtungen, unter Ausschuß der reinen Arbeitslosenunterstützung (die ohne irgend einen vorhergehenden Beitrag der Arbeitslosen gewährt wird), veröffentlichte das »Reichsarbeitsblatt« in seinem diesjährigen Märzheft. Danach bestehen städtische Arbeitslosenversicherungen in folgenden Städten: In *Berlin-Schöneberg* seit dem Jahre 1910, Zuschüsse an Verbände und Sparer; in *Cöln a. Rh.* seit 1896, umgestaltet im Jahre 1911 in eine freiwillige Versicherungskasse und Rückversicherung von Verbänden; in *Erlangen* seit 1909, Zuschüsse an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung; in *Freiburg i. Br.* seit 1910, Zuschüsse an Verbände und Sparer; in *Schwab.-Gmünd* seit 1911, 1912 in Kraft getreten, Zuschüsse an Verbände und freiwillige Versicherungskasse; in *Kaiserslautern* seit 1912, in Kraft getreten mit Beginn dieses Jahres, Zuschüsse an Verbände und freiwillige Versicherungskassen; in *Mannheim* seit 1911, umgestaltet im laufenden Jahre, Zuschüsse an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung; in *Mülhausen i. E.* seit 1909, Zuschüsse an Verbände; in *Strasbourg i. E.* mit Nachbargemeinden Schiltigheim, Bischheim und Illkirch-Gravenstaden seit 1906, Zuschüsse an Verbände; in *Stuttgart* seit 1912, Zuschüsse an Verbände und Sparer. Außerdem wurde in den letzten Jahren in folgenden Städten die Einführung einer Arbeitslosenversicherung geplant oder erwogen, ohne daß bisher eine endgültige Entscheidung vorläge: Berlin (auch Groß-Berlin), Dresden, Düsseldorf, Essen, Eupen (Geldmittel waren bereits für 1911 und 1912 bewilligt), Frankfurt a. M., Guben, Heidelberg (Geldmittel zur Vorbereitung waren bereits für 1910 bewilligt), Kassel, Kolmar i. E., Mainz, München

(Geldmittel unter Vorbehalt einer gleichen Bewilligung seitens des Staates waren bereits für 1912 bewilligt), Neukölln, Neumünster, Nürnberg (unter den gleichen Bedingungen Geldmittel zur Verfügung gestellt wie in München), Pforzheim und Weißensee. Abgelehnt wurden Anträge auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren von den städtischen Vertretungen folgender Städte: Berlin-Wilmersdorf, Braunschweig, Danzig, Dessau, Eberfeld, Halle a. S., Hamburg, Hof, Köpenick, Kulmbach, Regensburg, Spandau, Wiesbaden und Würzburg. Vorbereitende Schritte oder Anträge der Stadtverwaltung sind gescheitert in Augsburg, Charlottenburg, Duisburg und Solingen.

Aus diesen Angaben des »Reichsarbeitsblattes« ist zwar zu ersehen, daß die Entwicklung auch in dieser Sache nicht stille steht, daß sie sich aber leider mit äußerster Langsamkeit vollzieht und daß die Zahl der Städte, die eine Arbeitslosenversicherung (deren Form uns hier nicht beschäftigen soll) bereits eingeführt haben, noch recht gering ist. Namentlich ist es zu bedauern, daß in der Reichshauptstadt, in der die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen wohl am krassesten und augenfälligsten in die Erscheinung treten, die Einführung der Arbeitslosenversicherung noch im weiten Felde liegt. Allerdings hat man seit der Veröffentlichung der erwähnten Zusammenstellung im »Reichsarbeitsblatt« einige weitere kleine Schritte vorwärts zu tun versucht, ohne jedoch dem Ziele wesentlich näher gekommen zu sein. Wir haben darüber bereits in der Rundschau der Nrn. 38 und 40 unseres Blattes kurz berichtet. Inzwischen hat am 8. November unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth im Anschluß an eine Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden über die Ausgestaltung eines Arbeitsnachweises für Groß-Berlin eine weitere Konferenz von Vertretern Groß-Berlins stattgefunden, die den Wortlaut einer an den Reichskanzler zu richtenden Eingabe wegen der Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich feststellte. Daraus geht hervor, daß man die Erfüllung dieser Aufgabe dem Reiche überlassen will und daß demnach an die Verwirklichung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung für ganz Groß-Berlin in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

An sich ist die einheitliche Einführung einer Arbeitslosenversicherung für ganz Deutschland gewiß ein wichtiges und mit aller Energie zu erstrebendes Ziel. Daher hat auch, wie wir bereits in Nr. 44 mitteilten, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation an den Reichskanzler vorbereitet, die u. a. hauptsächlich dahin geht, ob er bereit, »eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten«. Aber solange diese Reichsarbeitslosenversicherung nicht verwirklicht werden kann, muß es als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden bezeichnet werden, durch die Einführung von kommunalen Arbeitslosenversicherungen den schwereren Folgen der Massenarbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen

entgegenzuwirken. Daher ist es tief bedauerlich, daß man in Berlin und Groß-Berlin einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ablehnend gegenübersteht und die Arbeiter auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich verströhen will. Das ist um so unverständlicher, als die Regierung, die sich ja bekanntlich nicht als Vertreterin des ganzen Volkes, sondern als Sachwalterin der kleinen Klasse der Besitzenden fühlt, bis jetzt noch einer Reichsarbeitslosenversicherung durchaus ablehnend gegenübersteht.

Dabei befolgt sie, wie gewöhnlich, die Weisungen ihrer großkapitalistischen Hintermänner, die gerade in den letzten Monaten und Wochen eine geradezu wüste Hetze gegen jede Art Arbeitslosenfürsorge, besonders aber gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung, entfaltet haben.

So hielt z. B. bereits Ende September der allgemeine Versicherungsschutzverband in Cöln eine Ausschußsitzung ab, die in einem Beschlusse behauptete, »daß selbst in den Kreisen der Wetztersalarbeiter die Notwendigkeit einer staatlichen Fürsorge viel geringer empfunden wird, als die öffentliche Meinung anzunehmen scheint oder in der Agitation radikaler Parteien behauptet werde«. Dann heißt es weiter: »Ein besonderes Interesse für die Arbeitslosenversicherung haben bis jetzt nur die Gewerkschaften gezeigt. Je mehr Staat und Gemeinden die Kosten der Arbeitslosenversicherung übernehmen, um so mehr sind die Gewerkschaften in der Lage, ihre Mittel für Streikunterstützungen bereitzustellen. Eine staatliche Arbeitslosenversicherung unterstützt demnach den gegen die Arbeitgeber gerichteten Kampf der Gewerkschaften. Sie wird weiter die Wirkung haben, daß der Zustrom zu den großen Städten stärker zunimmt und dem Lande noch mehr Arbeitskräfte entzogen werden. Aus all diesen Gründen kann die Fürsorge für die Arbeitslosen nicht auf dem Wege der Versicherung erfolgen, sondern nur durch die unmittelbare Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch geeignete Maßnahmen der Arbeitsvermittlung, Arbeitsverteilung und Arbeitsbeschaffung. Der Versicherungsschutzverband warnt außerdem vor einer Überspannung der öffentlich-rechtlichen Zwangsversicherung, die zu einer Beeinträchtigung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls der Arbeiter und einer Schwächung der Volkskraft führen muß.« Weil also die Übernahme der sozialen Pflicht einer Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit durch die Gemeinden oder den Staat die Gewerkschaften entlasten und ihre Kampffonds stärken könnte, warnt man vor der öffentlich-rechtlichen Zwangsversicherung! Dieser Beschluß des angeblich neutralen Versicherungsschutzverbandes atmet brutalsten Scharfmachergeist und verrät die Einflüsse des großindustriellen und großagrarisches Scharfmacheriums, das belzeiten gegen die staatliche Arbeitslosenversicherung alle Mienen springen läßt.

Inzwischen hat die Zentralorganisation des industriellen Scharfmacheriums auch selbst gegen jede staatliche Arbeitslosenversicherung Stellung genommen; die *Arbeitsnachweiskonferenz der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände*, die am 7. November in Hannover stattfand, faßt darüber folgenden Beschluß, der dem schon zitierten Beschlusse des Versicherungsschutzverbandes wie ein Ei dem anderen gleicht. »Die Versammlung sieht in der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktionsfähigkeit und in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit den wirksamsten Weg zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und ist überzeugt, daß eine Arbeitslosenversicherung die Steigerung der Produktivität erheblich erschweren müßte. Die Unternehmerschaft muß, nachdem sie eben erst die Reichsversicherungsordnung und das Reichsgesetz über die Angestelltenversicherung ihr namhafte Opfer auferlegt haben, die Übernahme weiterer, aus einer Arbeitslosenversicherung ihr zugemuteten Lasten ablehnen. Die Konferenz warnt auf das nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen,

die aus einer Überspannung des Versicherungsgedankens und einer immer weitergehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben. Sie wendet sich endlich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dieses eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Arbeitgeberchaft feindlichen Kampfgesellschaften der Arbeiter bedeutet. Aus diesen Gründen bedauern die Arbeitgeber auf das lebhafteste die Stellungnahme der Kgl. Bayerischen Staatsregierung, die in mehrfachen Erklärungen diese Versicherungseinrichtung empfohlen und gefördert hat.«

Daß die volkswirtschaftliche Produktivität durch eine allgemeine staatliche Arbeitslosenversicherung gehemmt werden könnte, ist eine Behauptung, die sich durch nichts beweisen läßt. Sie wurde übrigens auch vor der Einführung der bestehenden Versicherungsgesetzgebung geltend gemacht, durch deren Entwicklung und heilsamen Einfluß auf die volkswirtschaftliche Produktivität in Deutschland aber als absolut unhaltbar nachgewiesen. Dasselbe gilt von der Behauptung, daß die Versicherungsgesetzgebung die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Auslande unterbinden und daher den Arbeitern mehr schaden als nützen werde. Die deutsche Arbeitslosenversicherung hat eher das Gegenteil bewirkt. Und ähnliche Erfahrungen würden sich zweifellos auch aus der Einführung einer öffentlich-rechtlichen Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit ergeben. Das hat ja auch bereits das Beispiel von Dänemark und England gelehrt, wo die staatliche Arbeitslosenversicherung bereits eingeführt ist, ohne das die volkswirtschaftliche Produktivität dieser Länder auch nur im Geringsten gelitten hat.

Aber trotz dieser Erfahrungen und Lehren hetzt das deutsche Scharfmacherium in der gemeingefährlichsten Weise gegen die Verwirklichung einer Arbeitslosenversicherung, die sich immer mehr als eine zwingende Notwendigkeit erweist, wenn die Volkskraft nicht untergraben und das Volkwohl nicht in den Wind geschlagen werden soll. Und der Einspruch dieser Volksfeinde gilt der Regierung mehr als die Forderung der großen, werktätigen Hälfte der Bevölkerung, weshalb sie schon jetzt durch eine offiziöse Korrespondenz erklären ließ, sie werde sich der erwähnten sozialdemokratischen Interpellation gegenüber ablehnend verhalten. Damit hat sie freilich nur vom neuen dokumentiert, daß sie sich nur als der reaktionäre Sachwalter der Scharfmacherinteressen fühlt, die sie auch gegen das Volk zu vertreten bemüht ist.

Das wird ihr solange möglich sein, als es sich die werktätige Bevölkerung gefallen läßt. Wenn aber immer größere Arbeitermassen politisch erwachen, sich geschlossen hinter die in ihrem Interesse erhobenen Forderungen der Arbeiterpartei stellen und nicht locker lassen, solange diese Forderungen nicht verwirklicht sind, dann muß und wird es der Regierung auf die Dauer unmöglich werden, gegen die breiten Volksmassen die Aufträge des Scharfmacheriums auszuführen und dessen Willen zu vollstrecken.

Rundschau.

Eine Ansichtskartenzensur. Die kürzlich vorgekommenen Fälle von Beschlagnahmungen künstlerischer Ansichtskarten haben den Verband deutscher Interessenten für die Ansichtspostkartenindustrie und den Verein deutscher Kunstverleger in Leipzig zu dem Beschluß veranlaßt, den Behörden die Einrichtung einer besonderen Ansichtskartenzensur nahezu legen. Diese Zensur soll in ähnlicher Weise gehandhabt werden wie die Filmzensur.

Über die Entwicklung der graphischen Künste wird der Kaiserl. Baurat Dr. Nicolaus am 29. November abends 8½ Uhr in Berlin, und zwar im großen Saal des Papierhauses, auf Veranlassung des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Er wird die Entwicklung der graphischen Künste und des Buchgewerbes mit Hinweis auf die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 schildern. Der Vortragende ist technischer Direktor der Ausstellung und daher wohl am besten geeignet, den Umfang und die Bedeutung dieser Ausstellung gründlich zu würdigen. Der Zutritt ist kostenfrei.

Das Gelände für die kommende Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914 Es wird alle Leser, die in diesem Sommer die Bauausstellung besucht haben, interessieren, wie das gleiche Gelände für die große *Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik* im nächsten Jahre aussehen wird. Die umfassende Organisation der Ausstellung, die große Beteiligung aller Kreise, vor allem aber die offiziellen Anmeldungen der fremden Staaten machten es nötig, nicht nur die meisten Gebäude zu vergrößern, sondern noch eine ganze Anzahl neue Gebäude zu errichten. Zu den beiden vorhandenen Kongresssälen ist noch ein neuer Saal geschaffen worden, der 2000 Besucher fassen wird. Die ehemalige Sporthalle, links vom Eingang, wird die Internationale Stenographenausstellung aufnehmen, daran schließt sich ein neues Gebäude, das Haus der Sonderausstellung: »Die Frau im Buchgewerbe«. Die Maschinenhalle am Ausgang der Lindenallee reichte für die Internationale Buchgewerbeausstellung ebenfalls nicht aus; die neu hinzukommende Halle II ist noch über 1000 qm größer als die erste Halle und umfaßt mit dieser zusammen eine Fläche von rund 13 000 qm. Zwei größere freie, durch gärtnerische Anlagen verschönte Plätze, der »Gutenbergplatz« und der »Schiffertplatz«, schließen die »Halle der Kultur« (früher Betonhalle) ein. Würdig und sinnvoll weist der mächtige Kuppelbau auf die große »Straße der Nationen« hin, zu deren beiden Seiten die fremden Staaten ihre Pavillons — meist im Baustil ihres Landes — errichten. Denn die Internationale Buchgewerbeausstellung wird in Wirklichkeit international werden. Italien, Frankreich, Holland, England, Österreich, Rußland, Argentinien, der Staat Sao-Paulo (Brasilien) stellen hier in ihren eigenen Pavillons aus, zu deren Errichtung die einzelnen Regierungen hohe Summen ausgeworfen haben. Ein großer Sonderpavillon wird die Staaten Belgien, Portugal, Spanien und die Schweiz aufnehmen und nach den noch schwebenden Verhandlungen mit Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Indien, China, Japan und Amerika stehen weitere Anmeldungen in sicherer Aussicht. Der Pavillon »Sachsen« an der Lindenallee nimmt die Kgl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe auf, in dem früheren Pavillon Bauhygiene wird die Internationale Sonderausstellung für das kaufmännische Bildungswesen »Der Kaufmann« untergebracht. An Stelle von Alt-Leipzig wird sich das sogenannte »Industrieviertel« erheben. Hier wird die 200 Jahre alte Haynsburger Papiermühle Aufstellung finden, ferner eine getreue Nachbildung der Roberts'schen Papiermaschine, eine große Papierfabrik mit moderner Papiermaschine, eine moderne Buchbinderwerkstätte und eine vollständig eingerichtete Zeitungsdruckerei mit Rotationsmaschine, alles in vollem Betriebe und vor den Augen des Publikums arbeitend und erzeugend. In dem gleichen Viertel befindet sich die Sonderausstellung »Schule und Buchgewerbe«, an die sich ein Turn- und Spielplatz anschließt. Die große Industriehalle, in der die buchgewerbliche und graphische Industrie geschlossen auftritt, eingeleitet durch gründliche fachtechnisch-belehrende Gruppen, wird ebenfalls bedeutend vergrößert und erhält eine neue Fassade. Das Thüringer Dorf jenseits der großen Brücke wird der großen Sonderausstellung »Der Student« weihen. Eine gründliche und vollkommene Umänderung erfährt der Vergnügungspark, der an neuen Attraktionen eine Rodelbahn, einen Eispalast mit künstlicher Eislaufbahn, ein Familienweilbald, ein großes »Zunfthaus« und eine Reihe von originellen Vergnügungsstätten, scherzhafte Lokale, die der leblichen Erquickung dienen und die jedem Geschmack und jeder Laune etwas bieten, bringt. Die Internationale Buchgewerbeausstellung wird somit im nächsten Jahre auch äußerlich eine in allen Teilen gänzlich neue und andere Ausstellung werden, die dem Fremden wertvolle Anregungen und Genüsse bringt und ihm mit dem Wesen der wirklichen Weltausstellung, wie sie Leipzig noch nicht gesehen hat, vertraut machen wird.

Geschäftsergebnisse. Der Gewinn der *Kunst-Anstalt B. Groß, Aktiengesellschaft, Leipzig* für das Geschäftsjahr 1912/13 beträgt nach reichlichen Abschreibungen 29 497 Mk. (l. V. 111 547 Mk.). Von einer Dividende (l. V. 6 Prozent) soll diesmal abgesehen werden. Das Minderergebnis wird auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und auf die teuren Geldsätze zurückgeführt.

Gewerkschaftliche Erfolge. Ein schlagender Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeit erbringt ein kürzlich veröffentlichter Bericht des statistischen Amtes der Vereinigten Staaten, der die Veränderungen der Löhne und Arbeitszeit in einer Reihe von Industrien in der Periode von 1907 bis 1912 behandelt. Danach wurden, wie die Statistiker beweisen, durch die Arbeit der Gewerkschaften in 40 Gewerben in 39 der wichtigsten Industriesfäden die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt. Besonders auffällig sind die von den Bäckern erzielten Erfolge: für die ersten Gehilfen beträgt die Lohnerhöhung im Durchschnitt 22 Prozent, für die zweiten Gehilfen 26,6 Prozent, für dritte Gehilfen 40,7 Prozent; die Arbeitszeit wurde 17,7, 6,6 bzw. 10,1 Proz. verkürzt. Ein Vergleich der Durchschnittslöhne am 15. Mai 1907 und am 18. Mai 1912 erzielte folgende Aufbesserungen: Buchdruckereihilfsarbeiter 22,6 Proz., Drucker 21 Proz., Zementarbeiter 17,5 Proz., Zementhilfsarbeiter 16,2 Proz., Maler 12,6 Proz., Klemper 12,9 Proz., Installateure

13,1 Proz., deren Hilfsarbeiter 15,1 Proz., Schmiede 16,5 Proz., Kesselschmiede 16,5 Proz., Buchbinder 16,8 Proz., Former 12,8 Proz., Schriftsetzer 14,8 Proz., Zimmerer 11,1 Proz., Bauhilfsarbeiter 17,5 Proz., Eisenkonstruktionsarbeiter 11,1 Proz., Maschinisten 9,8 Proz., Maurer 5,5 Prozent usw.

Die Volksfürsorge. Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg, gibt jedermann Aktivenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 Mark abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 Mark eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Überschub nur den Versicherten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. An allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonatliche Prämienzahlung von 30 Pf. an. Günstige Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämiereiche Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife: Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung. Die Versicherung wird mit den angesammelten und um 3 1/2 Proz. Zinsszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3 1/2 Proz. Zinsszins. Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Lebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Lebensfall mit zehnjähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Volksversicherung) mit zwangloser Prämienzahlung. Tarif VI: Risikoversicherung mit fallender Versicherungssumme (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VII: Kindersparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Rechnungsstellen, Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbe auch Prospekte.

Wilhelm Schröder †. Am 3. November starb im Sanatorium zu Schlehdahusen der Schriftsteller Wilhelm Schröder im Alter von 52 Jahren. Er entstammte einer braven Zigarrenarbeiterfamilie in Altona. Nach der Schulentlassung wurde Wilhelm Schröder Zigarrensortierer. Schon in jungen Jahren war er in der damaligen Hamburg-Altonaer Sortiererorganisation neben v. Elm und anderen emsig bestrebt, das Los seiner Kollegen verbessern zu helfen. Wie alle Tabakarbeiter im Gebiet des ehemaligen nördlichen Belagerungsgebietes, kam auch Wilhelm Schröder sehr früh in die politische Bewegung und bald hatte man ihm die wichtigsten und damals nicht ungefährlichen Posten übertragen. So leitete er den Versand des Züricher Sozialdemokraten, der damals über die Grenze geschmuggelt werden mußte. Noch in jungen Jahren wurde er in die Redaktion des „Vorwärts“ berufen und arbeitete hier mit Fleiß und Geschick, sich allmählich einen adäquaten Ruf als Schriftsteller verschaffend. Später trat er in die Leitung des Pressebureaus der Partei ein, der er bis zu seinem Tode angehörte. In ausdrucksvoller Weise hat Wilhelm Schröder zu den verschiedensten Parteifragen seine Meinung zu sagen gewußt; ein umfangreiches Wissen auf mancherlei Gebieten befähigten ihn zum fruchtbarsten Schriftsteller. Auch die Parteiliteratur verdankt ihm einige dauernd wertvolle Schriften. Als Redner ist Wilhelm Schröder in großen Versammlungen nicht bekannt geworden, er war ein Mann der stillen, unablässigen Arbeit, ein Mann, der nach Erkenntnis und Wissen grabend, Welt und Menschen durchforschte. Als Stadtverordneter in Wilmsdorf bei Berlin hat er energisch die Interessen des Proletariats vertreten, wie er auch als Vorsitzender des dortigen Parteiver eins organisatorisch für die Arbeiterschaft tätig war. Ein Mann der Arbeit, im doppelten Sinne des Wortes, ist dahingegangen.

Aus dem Auslande.

Java. Wie der „Druckeranzeiger“ berichtet, beschlossen die Druckereibesitzer und Verleger in Batavia, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen; jedes Mitglied soll einen Garantiefonds von 150 Gulden bei einer Bank deponieren. Nach langen und lebhaften Debatten wurde der Antrag zum Beschlusse erhoben, jedem Arbeiter einen Arbeitsbrief auszustellen, in dem Vor- und Zuname, Wohnplatz, Beruf eventuell noch nicht beglühene Vorzüge, das Porträt sowie wenn möglich auch Fingerabdrücke und sonstige Signalemente eingetragen werden sollen. Jeder Prinzipal soll sich verpflichten, keinen Arbeiter einzustellen, der nicht ein Entlassungszeugnis vorweisen kann. Sogar der „Druckeranzeiger“ bezweifelt diese Art „Arbeitsbriefe“ als den reinen Steckbrief! Hoffentlich machen die javanischen Druckereiarbeiter dem größtenwahnstinnigen Unternehmervater bei dem Bemühen, die Sklaverei wieder einzuführen, einen dicken Strich durch die Rechnung.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 17. November 1913.

Das Ergebnis der badischen Landtagswahlen. Mißerfolg der Blocktaktik. Betrachtungen und Vergleiche. Lehren. Die italienischen Kammerwahlen. Reichstagsöffnung. Reichstagsausgaben.

Wenn wir vor 4 Wochen mit nicht gerade sehr hochgespannten Erwartungen den badischen Landtagswahlen entgegensehen, so bleibt das nun vorliegende Resultat doch weit hinter dem zurück, was selbst die skeptischsten Beurteiler der Großblocktaktik erwarteten. Das Ergebnis des ersten Wahltages war für die Sozialdemokraten ein Verlust von 11 1/2 Tausend Stimmen und am Schlusse des Wahlkampfes außerdem die Einbuße von 7 Mandaten. Demgegenüber gewannen die Liberalen 14 Tausend Stimmen und 1 Mandat, und der Rechtsblock, Zentrum und Konservative, stellten seine Stimmenzahl um 24 Tausend und den Bestand seiner Mandate um 6. Für die nächsten 4 Jahre setzt sich demnach der badische Landtag zusammen aus: 30 (+ 4) Zentrümlern, 5 (- 2) Konservativen, 13 (- 7) Sozialdemokraten, 20 (+ 3) Nationalliberalen und 5 (- 2) Fortschrittlern. Der Rechtsblock verfügt über 35 und der sogenannte Linksblock über 38 Stimmen. Es ist also den Erreaktionären nicht gelungen, die absolute Macht an sich zu reißen. Allerdings sind Rechts- und Linksblock nicht etwas Feststehendes. An und für sich schon nicht, wie wir im Reichstag ja ständig zu beobachten Gelegenheit haben. Der badische Linksblock wird aber auch noch in den Fragen wacklig, in denen ein Zusammengehen beschlossen wird, da zu ihm 3 nationalliberale Großblockgegner von Zentrumsgnaden gerechnet werden.

In der Arbeiterschaft bildet naturgemäß die Niederlage der badischen Sozialdemokratie das Thema zu vielen Diskussionen. Aus diesen klingt fast durchweg als Hauptton hervor: *das sind die Folgen der Großblocktaktik, des Paktierens mit Klassengegnern.* Die Verfechter der Blockidee behaupten nun allerdings, daß 1909 infolge der berüchtigten Finanzreform des Reiches der Aufschwung der Sozialdemokratie bei den damaligen Landtagswahlen ein ungewöhnlich großer gewesen sei. Diesmal habe es an der zugkräftigen Wahlparole gefehlt. Wenn man dem folgen wollte, so wäre es doch außerordentlich verwunderlich, daß noch im vorigen Jahre die sozialdemokratischen Stimmen in Baden bei der Reichstagswahl von 93 000 auf 117 000 hinaufschnellten. Denn nicht um den Verlust der 7 Mandate, sondern um den ganz horrenden Rückgang der Stimmen drehen sich ja die Debatten. Dieser ist aber um so auffälliger, als sich bei den Reichstagswahlen die badischen Stimmenziffern seit 1874 ständig in aufsteigender Linie bewegen. Insgesamt brachten die Reichstagswahlen der Sozialdemokratie wohl auch dreimal eine Verkleinerung der Fraktion, mit denen jedoch nur einmal unter ganz besonderen Verhältnissen ein Stimmenverlust verbunden war. Es war dies im Jahre 1878, wo Bismarck das Nobilengesetz als Vorwand für die Reichstagsauflösung benutzte und seine wirkliche Absicht, den deutschen Spielplatz mit einem mehr schutzzöllnerischen Reichstag über den Löffel zu barbeln, durchführte. Die Sozialdemokratie büßte 56 000 Stimmen und 4 Mandate ein. 1881, zur Zeit der schärfsten Handhabung des Sozialistengesetzes, verlor die Partei noch einmal 125 000 Stimmen, erwarb aber ihren 1878 besessenen Mandatsbestand wieder. Damit sind natürlich die heutigen Verhältnisse in Baden gar nicht zu vergleichen. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie war sogar — wenn auch nur mit Worten — von dem badischen Minister Bodmann als großartige Bewegung des vierten Standes angesprochen worden. Wenn trotzdem dieser Ausfall möglich war, so muß man schließlich nach anderen Gründen suchen, als dem Fehlen einer Wahlparole. Es dürften darum wohl diejenigen Recht haben, die die Schuld an dem Stimmenrückgang dem bereits vor dem ersten für den zweiten Wahlgang abgeschlossenen Großblockabkommen zuschieben. Nach ihnen hat eben ein sehr großer Teil früherer sozialdemokratischer Wähler im abgekürzten Verfahren gleich für den Liberalen gestimmt. Außerdem wird aber besonders aus Gewerkschaftskreisen darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie viel an Popularität bei den katholischen Arbeitern vor allem durch den Pakt mit den Nationalliberalen eingebüßt habe. Diese vereinigen unter sich wie überall die brutalsten industriellen Ausbeuter und dem Arbeiter widerstrebt selbstredend nichts mehr, als der Partei seiner direkten Unterdrücker seine Stimme zu geben. Lieber läuft er dann noch seinen Pfaffen nach, die ja übrigens in der vergangenen Landtagsperiode es verstanden haben, durch scheinbar arbeiterfreundliche Gesetzentwürfe in demagogischer Weise Material für sich gegen den Block, besonders die Sozialdemokratie zu schaffen.

Für die Freunde des Kampfes gegen die Reaktion ist natürlich der Vorgang in Baden kein Grund zur Niedergeschlagenheit. Bisher ist ja nach solchen unvermeidbaren Rückschlägen, aus denen die notwendigen Lehren gezogen wurden, immer ein um so größerer Aufstieg die Folge gewesen. Und auch in Baden wird man Lehren zu ziehen wissen. Der Einwand, daß in Süddeutschland die Verhältnisse anders liegen als in Norddeutschland, mag in mancher Hinsicht seine Berechtigung haben. Mit der Zeit häufen sich jedoch die Anzeichen immer mehr, daß eine Umwandlung nach nordischem Muster vor sich

geht. Zieht man noch in Rechnung, daß zum dritten Male in 1 1/2 Jahren — Belgien, Bayern, Baden — die Blockidee Fiasko macht, so ist die daraus zu ziehende Lehre sehr einfach. In allen drei Fällen verbanden sich Arbeiter und Bürgertum, um der klerikalen Herrschaft den Garaus zu machen, resp. sie zu verhindern. Zweimal schlug es völlig fehl, einmal schnappt es gerade noch so ab. Am bedenklichsten war für die Arbeiterschaft das Resultat, wo das Experiment zum dritten Male versucht wurde. Baden ist daher ein neuer Beweis, daß sich die Arbeiter auf sich selbst verlassen müssen, daß sie, um solide, haltbare, dauernde Fortschritte zu erzielen, diese aus eigener Kraft erkämpfen müssen. In kleinen erleben wir es ja auch im Gewerkschaftsleben, daß durch unzufällige Verhältnisse, Verträge, erreichte Verbesserungen keinen Bestand haben, eben nicht zu halten sind, weil ihnen der reale Boden, die Macht die sie stützt, fehlt. An einem dürfen wir nicht vorübergehen, was den Süddeutschen als Beispiel vorgeschwebt haben mag, was aber jetzt auch geändert wird: das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen in der Schweiz. Auch dort zögerte der letzte Parteitag, daß sich die Arbeiter von dem mit ihnen sympathisierenden bürgerlichen Anhang freizumachen suchen, um ein mehr und fester in sich geschlossenes Ganzes zu bilden.

Auch die italienischen Wahlen sind in bedingtem Maße ein Beispiel für die Wirksamkeit des selbständigen, unbeeinflussten Handelns einer Arbeiterpartei. Im vergangenen Jahre haben wir an dieser Stelle geschildert, daß einige sozialistische Abgeordnete der italienischen Kammer für die Annexion Tripolis stimmten und daß dieser Vorgang den letzten Anstoß zu einer Parteisplaltung geben würde, die dann auch erfolgte. Trotzdem, oder vielleicht auch wegen der reinlichen Scheidung, hat die italienische Sozialdemokratie bei den Wahlen nach dem, im Juni vorigen Jahres angenommenen Wahlgesetz, über das wir ebenfalls berichteten, einen Erfolg erzielt, mit dem sie sich sehen lassen kann. Von ihren 25 bisher innegehabten Kammersitzen hat sie 22 behauptet und noch 30 dazu gewonnen. Es wurden aber ferner zu der linken Seite noch gewählt 23 Reformisten, 5 wilde Sozialisten, 19 Republikaner und 69 bürgerliche Radikale, die zwar nicht die Mehrheit bilden, da die Kammer über 400 Mitglieder zählt, die aber nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse, vor allem auf den Willen des Ministeriums Giolitti zum Entgegenkommen sein werden. Denn parlamentarischer wird Italien schon „regiert“ als Deutschland.

Und es sind nur noch 9 Tage, die uns davon trennen, unser „Regiment“ in seinen Äußerungen weiter verfolgen zu können. Eine der ersten Gelegenheiten dazu nach dem Wiederzusammenritt des Reichstages am 26. November wird die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit geben. Weiter wird sich die Regierung zu verantworten haben wegen der durch die Zurückweisung Liebknechts von der Rüstungskommission dem Reichstage ausgedrückten Mißachtung. Bei den Fragen der Arbeitslosenversicherung, der Feldaufnahme, hat sie Gelegenheit, wieder zu dokumentieren, daß sie nicht für das ganze Volk, sondern nur für seinen besitzenden Teil da ist. An der Königsmacherrolle in Bayern, dem dynastischen Handel in Braunschweig wird ihr bewiesen werden, mit welcher Fixigkeit sie arbeiten kann, wenn es sich um „höhere“ Interessen handelt, während sie das Volk seit 5 Jahren mit dem unerfüllten Königsversprechen des „organisch fortentwickelten preußischen Wahrents“ narrt; wie sie mit unersütterlicher Ruhe der meddenburgischen Verfassungskomodie zusieht und an eine gerechte Einteilung der Reichstagswahlkreise überhaupt nicht denkt. Warum auch? Sie müßte sich ja mit den Herren Junkern verfeinden. Würde die Zentrumsdrückbeuger in eine fatale Situation bringen. Sie braucht ja auch nicht vor dem Maulheldentum der Liberalen zurückzucken. Der Sozialdemokraten wegen muß sie allerdings einige Zugeständnisse machen. Aber nur langsam, widerwillig, und nur so viel, als es die einflußreiche Nebenregierung im agrarischen Osten gestattet, eventuell auch um den bornierten Erreaktionären wieder einmal die Zähne auf einen Augenblick zu zeigen, damit sie den Bogen nicht überspannen. Denn auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. ag.

Handelspolitik und Schutzzölle.

IV.

Die deutsche Handelspolitik setzt bewußt erst im 17. Jahrhundert ein. Deutschland mit seinen zahllosen Fürstentümern war ein absolut zerrissenes Gebiet. Es war ein Gebiet ohne übereinstimmende Politik, ja ohne übereinstimmende Interessen. Erst im 17. Jahrhundert ändert sich dieses Verhältnis, besonders durch die Ländergler Friedrich des Großen.

Die Tendenz des Merkantilismus setzt sich durch. Es wurde auf eine möglichst große Ausfuhr von Fabrikaten gesehen und die Einfuhr solcher streng verboten. Dagegen durften Rohstoffe und Lebensmittel eingeführt werden, um daraus Waren zu fabrizieren, die dann ausgeführt werden sollten.

Damit hing eine große Goldgrube zusammen. Man wollte möglichst viel Gold festhalten oder gar hereinholen. Denn man glaubte, mit Gold könne man den Reichtum der Nation schaffen. Daß Gold erst beim Umtausch in andere Gebrauchsgüter

Reichtum erzeugt, das sahen die Menschen damals noch nicht ein.

Die ersten Zollschranken erschienen in der Form von Torabgaben, die an den Stadttore erhoben wurden. Es waren die sogenannten Accisen. Ein unglaublicher Wirrwarr von Abgabemethoden war damals vorhanden. Tausende von verschiedenen Abgaben bestanden nebeneinander. 57 Zolltarife mit zirka 3000 verschiedenen Warenklassen bestanden in Deutschland im 17. Jahrhundert. Heute, wo der Warenhandel ins Riesenhafte gewachsen ist, haben wir nur 936 Warenklassen in Deutschland. Wir können uns gar keine Vorstellung davon machen, was das für eine Verkehrsbehinderung zu damaliger Zeit war. Daneben bestanden Verbote für Einfuhr von Fabrikaten und Ausfuhr von Rohstoffen.

Dieser wahnsinnige Wirrwarr wurde einigermaßen weggefegt durch den großen Besen der französischen Revolution und durch die nachfolgenden Kriege Napoleons. Dadurch entstand auch wirtschaftlich eine Befreiung des deutschen Volkes. Das Prinzip Napoleons und sein Verdienst bestand darin, daß er alles zentralisierte, und zwar auch auf dem Gebiete des Handels, den er dadurch wesentlich vereinfachte.

Dann kamen die berühmten Befreiungskriege. Nun begannen die deutschen Bundesstaaten aus den französischen Maßnahmen die Vorteile zu ziehen oder besser französische Einrichtungen ins Deutsche zu übertragen. Durch die Kriege und manche gesetzliche Verbesserung hatte sich der Verkehr gewaltig gehoben. So entstanden nun in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die ersten Zollvereinigungen in Deutschland. In Preußen und in einigen thüringischen Mittelstaaten wurde die Änderung getroffen, daß die Zölle nicht mehr an den Stadtgrenzen, sondern an den Landesgrenzen erhoben wurden. Preußen nahm die Durchführung und die Verwaltung der Zollerhebungen in die Hand. Das erste Zoll- und Handelsgesetz datiert vom 25. Mai 1818. Es hat eine große historische Bedeutung, weil in ihm die ersten Anfänge zur späteren Vereinigung des ganzen Wirtschaftsgebietes, das heute Deutschland heißt, liegen. 1833 wurden die Zolltarifverträge zwischen Preußen, Württemberg, Baden usw. abgeschlossen, was gleichbedeutend mit der Gründung des wirtschaftlichen Deutschen Reiches war.

In dieser Entwicklung spricht die Entwicklung der Industrie schon gewaltig mit. In den dreißiger Jahren kam Preußen und Südwestdeutschland mächtig vorwärts. Um dieselbe Zeit war England aber schon ein halbes Jahrhundert in dieser Entwicklung begriffen und die englische Industrie lag an, der deutschen gefährlich zu werden.

Die Industrie hat von ihrer Geburt an das Bestreben, ihren Absatz auf dem Weltmarkt zu suchen. Als aber die englische Industrie anfang, in Deutschland selbst einzudringen, da entstand in Deutschland der Wunsch nach Schaffung eines Schutzzolles für die deutsche Industrie. Vor allem sollten die Einfuhrzölle für gewerbliche Produkte erhöht werden. 1853 kommt es nach Konflikten zu einem Handelsvertrage mit Österreich. Dabei kam es schon zu einer merklichen Herabsetzung der Zölle. Diese Tendenz hielt an, je mehr die Handelsverträge auf fremde Staaten ausgedehnt wurden. 1862 kam der Handelsvertrag zwischen Preußen und Frankreich zustande, der schon im wesentlichen freihändlerisch war. Bei den späteren Handelsverträgen mit anderen Staaten wurden nun diese geringen Zölle als Grundlage genommen. Nur einige Finanzzölle wurden noch erhoben.

Um diese Zeit, in den sechziger Jahren, war Deutschlands Industrie so stark geworden, daß sie sich auf dem Weltmarkt selbst durchsetzen konnte. Die Industrie brauchte aber für sich billige Maschinen, billige Rohstoffe und billige Lebensmittel für ihre Arbeiter, und darum war sie jetzt mehr für den Freihandel. 1870 wurden zuerst von Preußen die Zölle auf autonomem Wege aufgehoben. Und nun konnte die deutsche Industrie sich geradezu treibhausmäßig entwickeln.

Von 1873 bis 1877 sollten alle Zölle aufgehoben werden, mit Ausnahme der Finanzzölle, so war vereinbart worden. Aber es kam ganz anders. Mitte der siebziger Jahre begann in Deutschland eine lebhaftige Agitation gegen den Freihandel und für den Schutzzoll. Die deutsche Industrie war so stark geworden, fühlte sich so fest eingesessen auf dem Weltmarkt, daß sie selbst mit erhöhten Kosten den Profit gesichert glaubte. Zur selben Zeit war auch der Anfang zur Organisation der Großindustrie gemacht worden. Der Zentralverband der Industriellen wurde gegründet. Aber auch die Arbeiterbewegung setzte zu jener Zeit mächtig ein, und das war etwas, was die Kapitalisten nicht erwartet hatten.

Seit Ende der siebziger Jahre, besonders seit der Durchführung des Sozialistengesetzes, geht der Kampf gegen die Arbeiterklasse Hand in Hand mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise vor sich. Am 17. Oktober 1878 erließen 204 Mitglieder des deutschen Reichstages eine Erklärung zu Gunsten der Schutzzölle und verlangten von Bismarck wirtschaftlichen Schutz. Und Bismarck gab das Versprechen ab, in diesem Sinne zu wirken. So sehen wir, wie Zollreaktion und politische Reaktion Hand in Hand gehen. Jetzt werden alle Zölle nur noch zu dem Zwecke geschaffen, die inländische Industrie

und Landwirtschaft künstlich zu schützen und die Lebensmittel enorm hochzuhalten. Besonders Rußland und Amerika machen der deutschen Landwirtschaft fühlbare Konkurrenz. Bismarck aber wollte die Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz schützen und sei es auch auf Kosten der Ernährung des Volkes. Der Tarif von 1878 ist ein vollkommener Schutzzolltarif, der den Freihandel fast vollständig ausschließt. 1881, 1885 und 1887 erfolgen immer wieder Zollerhöhungen und besonders die agrarischen Produkte werden maßlos hochgeschraubt. Diese Verteuerung der Lebensmittel führt zu einer Hungerperiode, die bis Ende der achtziger Jahre währt.

Im Jahre 1892 findet unter Caprivi eine Revision der Zolltarife statt, die besonders eine Ermäßigung des Zolls auf Roggen von 5 Mark auf 3,50 Mark bringt, nachdem vorher Bismarck gestürzt worden und das Sozialistengesetz gefallen war. Alles in allem war das abermals ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Freihandel; leider ging es aber auf diesem Wege nicht weiter.

1893 kam es zu einem Handelskriege mit Rußland, der im Jahre 1894 mit einem Handelsvertrage abschloß. Um dieselbe Zeit setzte eine große agrarische Agitation ein. Der Bund der Landwirte wurde gegründet. Um dieselbe Zeit aber finden wir eine kolossale Zunahme der Arbeiterorganisationen, besonders der Gewerkschaften, die ungeheuer erstarkt sind. Die Erstarkung der Industrie zeitigt den Kampf gegen Caprivi. Der Zentralverband der Industriellen und der Bund der Landwirte schreiben vereint nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen und nach Erhöhung der Zölle. Im Wuchergesetz vom Dezember 1902 ist diesen Wünschen in einer Weise Rechnung getragen worden, daß die Arbeiterschaft heute noch schwer darunter zu leiden hat.

Ein Wort von der Freiheit.

Freiheit! Mit diesem Wort steigt wie mit Zauberkraft eine Jahrtausende alte Menschheit aus ihrem Grabe, steht die Kulturarbeit ungezählter Generationen vor unsern Augen, wälzt sich das hastende und jagende Treiben des eisernen und papierernen Säkulums in kaleidoskopartigen Bildern an uns vorüber, und unser eigenes Leben, unser Sinnen und Denken, unser Fühlen und Hoffen, unsere Leiden und unsere Freuden erfüllen da Herz und Seele. Wenn wir ein Wort von der Freiheit reden wollen, so wissen wir, daß sie nur im langsamen Werden der Zeit bei den Menschen einkehren und lichtvolle Gestalt gewinnen kann. Wer daher mit sehenden Augen, mit einem historisch zurückgewandten Blick über diese Männerrede schreitet, der weiß, daß zu allen Zeiten der wechselnde Begriff der Freiheit, der in sie hineingelegt ist, den heiß umstrittensten Postulaten des Menschengeschlechtes gehörte. Ob für dieses Ideal das Blut unzähliger Völker die Erde benetzte, ob Mekaromben von Märtyrern dafür freudig und mutig zum Schaffot und Scheiterhaufen schritten, in den nachvollten und dumpfen Kerkern der Gewalt langsam zugrunde oder stolz erhobenen Hauptes ins Exil gingen, ob der Kampf um dieses glänzende Ziel Throne zu Boden riß und Länder verwüstete, und ob sie oft nackt und geschändet über die Erde gejagt wurde, ob in unserer modernen Zeit mit den ihr eigenümlichen Waffen der Kampf um die Freiheit geführt wird: sie bleibt der Hochaltar des gläubigen Hoffens im Leben aller Nationen.

Wir wollen aber jetzt nicht reden von einer Freiheit, wie sie in den kühnsten Träumen ihrer Propheten, in dem sehnennden Hoffen der Dichter aller Zeiten und Nationen sich widerspiegelt, sondern wir wollen von ihr als einem recht realen Ding reden, das in wechselseitigen Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaftsleben und sozialer Gestaltung uns ein Maß von Freiheit gewähren soll, ohne das der moderne Mensch nun einmal nicht mehr bestehen kann. Die »Freiheit, die ich meine«, ist kein einhelliger, kann aber auch kein abstrakter Begriff sein, losgelöst von der Wirklichkeit des Lebens, kein sorgsam gehütetes Schau- und Prunkstück, das von der Berührung mit den rauhen Dingen des Tages verschont bleibt oder nur an hohen Festtagen von weitem gezeigt werden kann, sie ist vielmehr ein Stück unseres Lebens und unserer Handlungen, belebt von unsern Gedanken oder gefährdet durch ihren Mißbrauch.

Wenn wir für unsere moderne Zeit den Begriff der Freiheit zwar etwas prosaischer, dafür aber desto greifbarer zum Vorwurf nehmen, so sehen wir, daß er ein sehr realer Begriff ist, wenn wir ihn in Berührung mit dem modernen Leben bringen. Schon der Staat schränkt ihn ein, indem er sagt, es ist alles erlaubt, was ich nicht verbiete — wir sind frei in unserm bürgerlichen Leben, sofern nach Schema F des Gesetzes oder einer Vorschrift, Verordnung oder Verfügung der Staatsverwaltung Gegenteiliges nicht bestimmt wird. Andererseits ist der Freiheit wieder eigenümlich, daß viele Menschen damit nichts anzufangen wissen, daß ein Übermaß von ihr sich in das Gegenteil verwandelt oder daß manche Freiheiten als solche nicht mehr empfunden werden.

Wir können im politischen Leben dies tagtäglich beobachten. Was ist die in allen Kulturländern stärkste Partei der Nichtwähler anders als eine

tatsächliche Verneinung von freiheitlichen Rechten? Wird in unsern politischen Parteien die Freiheit nicht oft zur Farce, wenn wir beobachten, wie unter dem Deckmantel der Freiheit sich oft terroristisch ausgeübte Unfreiheit verbirgt? Man gibt vor die Freiheit der Persönlichkeit zu schützen und vergewaltigt sie, um im nächsten Augenblick eine in der Gegenwart unmögliche individuelle Freiheit mit einer Erhabenheit zu umkleiden, die sie wie den versteinerten Gedanken der Erhabenheit der Könige bei der Karikatur des »Simplicissimus« enden läßt! Es gibt eben keine unbegrenzte individualistische Freiheit, die in ihrer ausschweifendsten Form und in ihren letzten Konsequenzen beim Anarchismus ankommen müßte. Jeder wahren persönlichen Freiheit ist eine Grenze gesteckt, die durch die Respektierung der Freiheit des andern markiert ist. Auch die Freiheit ist an Gesetze der Moral und Sitte, an Rücksicht, Toleranz und Duldsamkeit des andern und seiner Meinung gebunden. Das erst ist Freiheit.

Anders liegen die Dinge, wenn wir die persönliche Freiheit des Bürgers im Wirtschaftsleben aufsuchen, wo rechtliche Freiheit zur größten ökonomischen Unfreiheit geführt hat. »Ein gleiches Recht, welches in der Praxis unwirksam ist, ist nur eine geringe Erfüllung der Freiheitshoffnungen. . . . Was nützen die gleichen Bürgerrechte, wenn die Menschen sich freiwillig verkaufen müssen, falls sie leben wollen?« sagt mit Recht Dr. Friedrich Naumann in seinem Heftchen »Das Ideal der Freiheit«. Deshalb auch hier die umfassendsten Aktionen aller Klassen und Stände — bis hinauf zu den Professoren und Gelehrten — für die bedrohte persönliche Freiheit, um Bewegungsfreiheit, gegen ein willkürliches Verfügungsrecht über die Person, gegen Autokratismus und Terrorismus, gegen Unfreiheit und tatsächliche Rechtlosigkeit aller Art und gegen die gefährlichste aller Freiheiten: gegen die Vogelfreiheit. Nirgends ist bisher die Freiheit des einzelnen mehr mißachtet worden als gerade im Wirtschaftsleben. Das Streben nach Vereinigungen, Berufsverbänden, Gewerkschaften, überhaupt nach Organisation — wo die Interessen des einzelnen eingebettet sind —, das in allen Schichten der Bevölkerung sich geltend macht, ist ebensowohl der Ausdruck für eine ökonomische Notwendigkeit, die dem einzelnen durch die Entwicklung im Wirtschaftsleben aufgezwungen wird, wie dafür, daß ihm trotz aller Verfassungsbestimmungen ein berechtigtes Maß persönlicher Freiheit versagt blieb. Hier ist die Wurzel für tausend Unbestände im Gesellschaftsorganismus zu suchen, sie erklärt uns die Zusammenhänge anstehend auseinanderstrebender Dinge, die uns sonst in der Politik, im sozialen Leben, im Tagesstreite und Meinungskampfe unsichtbar, aber einnehmend und mahnend begleiten. Der einzelne muß heute seine wirtschaftlichen Organisationen aufsuchen, um sich dort den Schutz zu holen, den er als einzelner sich nicht verschaffen kann. In den surrenden, hämmernden Riesenbetrieben unseres eisernen Säkulums, in den großen Betriebsverbänden, Kartellen, Syndikaten, in der gesamten Weltwirtschaft unserer Tage verhält das Wort in seinem abstrakten Sinne, daß der einzelne seines Glückes Schmädel sei, die Krupp und Stumm zerschlagen es mit ihren Dampfhammern — und wenn auch der einzelne Befähigte, Strebende und vielleicht auch vom Glück Begünstigte über die Massen hinausragen wird, wenn immer auf der Erde Platz sein wird für den Tüchtigen, das Genie: die Organisationen, die Klassen und Stände in ihrer verschiedenen Zusammenfassung werden doch den Zufluchtsort und die Repräsentanz des Einzelwillens und -könnens bilden müssen, und zwar um so mehr, als der Mensch keine isolierte Existenz, sondern ein soziales Wesen ist, das nur in der Gemeinsamkeit seine Existenz und seine Befriedigung finden kann.

In diese Organisationen flüchtet jetzt so viel an Persönlichkeit, was draußen in der Welt nicht zur Geltung gelangen kann und unbefriedigt bleibt; darum kommt all diesen wirtschaftlichen Institutionen auch eine hervorragende soziale Bedeutung zu, die nicht verkannt werden darf. Für die soziale Gedankenrichtung, für das Verhältnis des Menschen zum Menschen, für den sozialen Krieg oder Frieden sind diese Organisationen ausschlaggebend geworden und es erwarten ihnen daraus überall Einflüsse umfassender Art, mehr als man gern oder gemächlich annimmt. Diese Organisationen erziehen aber auch und je nach ihrer Stärke und ihrem Einfluß zwingen sie auch den widerstrebendsten Gegner. Selbst dem Reinsten und Mächtigsten gegenüber wissen sie sich durchzusetzen, denn alles Streben nach Freiheit, alles Recht der Persönlichkeit hat sich in diese Organisationen geflüchtet und ringt mit elementarer Gewalt nach Geltung. Deshalb darf der Staat auch nur waise regeln, aber nicht polizeilich reglementierend in den Fluß der wirtschaftlichen Dinge und der von ihnen getragenen Personen und Institutionen eingreifen. Vom ganzen Volke aber müssen die Garantien für eine Freiheit geschaffen werden, die auf allen Gebieten nicht par decreté verfügt wird, sondern die in ehrlich strebender aufbauender Arbeit erworben und mit gesitteten Mitteln von jedem aus dem Volke erkämpft werden kann.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Berufsstolz im Lichte der kapitalistischen Entwicklung.

Fast bei jeder Verhandlung, die Arbeitervertreter bei Streiks, Lohnbewegungen usw. mit Unternehmern führen, können wir die Beobachtung machen, daß die Unternehmer mit peinlich ausgearbeiteten Statistiken aufwarten können. Sie haben uns nicht nur die Notwendigkeit der Organisation abgelauscht; in der gründlichen Vorbereitung aller Verhandlungen mit unseren Organisationen sind sie uns häufig genug überlegen. Freilich geht dabei die Illusion vom »Herrn im eigenen Hause« immer gründlicher zum Teufel; immer mehr entwickelt sich die Unternehmerorganisation für jedes einzelne ihrer Mitglieder zum rücksichtslosen Tyrannen. All die schönen Phrasen, mit denen sie die Arbeiterbewegung zu diskreditieren suchten, müssen sie in ihrer eigenen Organisationsarbeit zu nichts machen. Sie haben von uns fabelhaft schnell gelernt. Sie unterschätzen ihren Gegner so leicht nicht, darum kennen sie auch kaum eine wichtigere Aufgabe, als die ständige Beobachtung der Arbeiterorganisationen. So weit geht ihre Aufmerksamkeit, daß ihnen die gewerkschaftliche Tätigkeit und die harmlosesten Äußerungen des geringsten ihrer Arbeiter wichtig genug erscheinen. So wenig dem Unternehmer der Arbeiter als Mensch gilt, so ernsthaft betrachtet er ihn als Gegner. In den großindustriellen Betrieben, die die Zahl ihrer Arbeiter nach tausenden zählen, finden wir eigene Bureaus, in denen jede organisatorische Bewegung der Arbeiter registriert, der Spitzeldienst während der Arbeit und für Betriebs- und andere Versammlungen organisiert und die Arbeiterpresse genauer verfolgt wird, als es von den Arbeitern selber geschieht.

Diese hingebende Arbeit, die fast immer von gut bezahlten, akademisch gebildeten Angestellten geschieht, entspringt einzig und allein aus der Sorge um den Profit. Von jenem Beamten gehen dann wieder gewissenhafte Auskünfte an die Lohn- und Kalkulationsbureaus, um alle Chancen für Lohn- oder Akkordpreiserhebungen im Voraus ermesen zu können. In den Industrien, in denen sich die Großindustrie noch nicht so gigantisch entwickelt hat, liegt diese Arbeit gänzlich bei den Angestellten der Unternehmerorganisation. Lohnkataster, schwarze Listen usw. geben dann häufig einen kleinen Einblick in diese heimliche unheimliche Tätigkeit.

Dieser Wertschätzung der organisatorischen Tätigkeit der Arbeiter gegenüber verschwindet völlig die Beachtung seiner gewerblichen Leistungen. Die zum Teil lächerlichen Unterscheidungen, nach denen die Arbeiter sich selbst von einander trennen, werden vom Unternehmer garnicht beachtet. Je größer der Betrieb um so mehr verschwindet der einzelne Arbeiter als Mensch, bleibt er nur die Nummer, deren Arbeitsplatz, genau kalkuliert, einen bestimmten Mindestgewinn bringen muß. Im Kleinbetrieb sind die Formen menschlicher, durch das enge Zusammenarbeiten von Chef und Gehilfen. Doch schon bei einem Privatlithographen ist es dem Verfasser passiert, als er die dort grassierende ständige Haus- und Überstundenarbeit ablehnte, daß ihm gesagt wurde: »Dann bringst mir ja ihr Platz für einen halben Mann weniger ein!«

Wie die Unternehmer nicht so dumm sind, sich selbst nach Konfessionen zu organisieren, so beachten sie auch derartige Unterscheidungen nur dann, wenn sie durch diese Zersplitterung bei Lohnkämpfen eventl. Vorteile haben. Bei der Bewertung der Arbeitskraft ist dem Unternehmer auch der technische oder geistige Werdegang des Arbeiters vollkommen gleich. Wenn es aus Berufsstolz schwer fällt, diese Tatsache einzusehen, dem möchten mir raten, sich die Löhne der Techniker, also akademisch gebil-

deter Leute, in den Riesenbetrieben der Eisen- und Elektrizitätsindustrie zu betrachten. Anfangslöhne von 100—125 Mk. pro Monat, und selbst nach jahrzehntelanger Tätigkeit stehen sie nicht viel über dem Einkommen, das Arbeiter in diesen Industrien haben. Als beim Generaldirektor der Berliner Allgemeinen Elektrizitätswerke vor Jahren eine Kommission der Techniker vorstellig wurde, da hielt ihnen der »Allgewaltige« eine zornige Ansprache, indem er ihre beschuldete Forderung rund heraus ablehnte: »Glauben Sie ja nicht, daß Sie für uns etwas anderes sind als unsere Arbeiter, im Gegenteil, Sie können wir noch viel leichter ersetzen! Und genau so steht es doch mit den armen Stehkragenproletariern, den Komptoristen, Buchhaltern, Korrespondenten etc.

»Der Preis der Ware Arbeitskraft regelt sich nach Angebot und Nachfrage«, so lehrt uns die Nationalökonomie. Außerhalb dieser selbsttätigen Preisregulierung gruppiert der Unternehmer seine Arbeiter, ob mit, ob ohne Stehkragen, in *Unkostenklassen*, d. h. je größer die Unkosten der Betriebsmittel sind, die der Arbeiter bei seiner Tätigkeit anwendet, um so höher wird er im Lohn bewertet. So erklärt Richard Woldt die Lohnkalkulation in seinem Buch: »Der moderne Großbetrieb« (Dietz, Stuttgart). Stimmt das nicht merkwürdig überein mit der Ansicht des verstorbenen Dr. Gerschel, der bei den Friedensverhandlungen nach der Aussperrung 1906 immer von Hilfsarbeitern sprach und endlich zugeben mußte, daß er damit die Lithographen meine, während er die Steindrucker als qualifizierte Arbeiter bezeichnete? Qualifizierte Arbeiter übersetzt der Unternehmer demnach mit »befähigte Arbeiter«, d. h. Arbeiter, die befähigt sind, sein konstantes Kapital, das in Werkzeug und Maschinen angelegt ist, ihm mit möglichstem Profit zurückzuerarbeiten. Schule, Lehrzeit rechnet er gar nicht. Wer befähigt ist, seine teure Maschine zu bedienen, ist ein qualifizierter Arbeiter. Alle andern, die vor- oder nachher mitarbeiten, ob mit oder ohne bedeutende künstlerische, geistige oder technische Fähigkeiten, sind Hilfsarbeiter. So rangiert auch der Andruker, Umrunder im Lohn häufig hinter dem Maschinenmeister. So erklärt es sich auch, daß in den Kalkulationen für Steindruckaufträge sehr häufig die Lithographie gar nicht berechnet wurde. Sie war zum Zugabeartikel geworden: Hilfsarbeit, der kein besonderer Wert beizumessen war.

So bildet das Gesamtgebiet der in unserm Verbands vereinigt Gewerbe die schönsten Beispiele für die gänzlich veränderte Auffassung über den Wert der Arbeiter in der modernen Industrie. Da hilft kein falscher Stolz, da hilft kein Mundstutzen, hier muß geblöhen werden. Schneller, als es sich die einsichtsvollsten unserer Kollegen träumen ließen, ist es mit der Lithographie bergab gegangen. Die technischen Erfindungen nehmen keine Rücksicht auf Wünsche und Einbildungen. Auch die Blütezeit des Lichtdrucks gehört bereits der Vergangenheit an. Für die Chemigraphie kann sich über Nacht die Situation ändern. Hier ging von Anfang an die Praxis vieler Firmen dahin, die Arbeit der Positivretusche nicht bei der Preiskalkulation zu berechnen. Auch sie wurde und wird noch heute, trotz Preiskonvention, als Zugabeartikel betrachtet.

Die Bewertung des Arbeiters durch den Unternehmer ist schwankend und richtet sich heute nicht mehr nach Vorbildung und technischem Können. Die Zeit zünftiger Berufsabschließung ist ein für allemal dahin. Wollen wir in dem allgemeinen Fluß der wirtschaftlichen Entwicklung einen festen Halt gewinnen, so müssen wir uns auf die Gemeinsamkeit unserer Interessen mit allen Ausgebeuteten besinnen. Nicht die Art des Berufs, sondern schlechthin die Arbeit ist es, die uns mit Stolz erfüllen darf, wenn wir in den Organisationen an der kulturellen Hebung der Arbeiter und an ihrer geistigen und wirtschaftlichen Befreiung arbeiten.

G. A.

Die Papierverarbeitung im neuen amerikanischen Zolltarif.

Unter dieser Überschrift gibt die *Vereinigung für die Zolllagen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels* (Geschäftsführer Eugen Hager) die Zollsätze bekannt, die der neue amerikanische Zolltarif für die Erzeugnisse der Papierverarbeitungsindustrie und des graphischen Gewerbes vorseht. Danach gelten für die Erzeugnisse des Steindruckgewerbes folgende Bestimmungen:

Bilder, Kalender, Karten, Etiketts, Marken, Zigarrenbänder, Plakate und andere ganz oder dem Hauptwerte nach aus Papier bestehende Artikel auf lithographischem Wege von Stein, Gelatine, Metall oder anderem Material abgezogen (mit Ausschluß von Schachteln, Ansichten amerikanischer Landschaften oder Gegenständen, Musikalien und Illustrationen, die einen Teil von regelmäßig erscheinenden Heften oder Zeitungen oder von gebundenen oder ungebundenen Büchern bilden, mit diesen eingehend, in diesem Abschnitt nicht besonders vorgesehen) sollen folgenden Zollsätzen unterliegen:

Etiketts und Marken in weniger als 8 Farben gedruckt (Bronzedruck gilt als zwei Farben), aber nicht ganz oder zum Teil in Blattmetall gedruckt 15 Cent per Pfund
Zigarrenbänder von derselben Farbenzahl und Zahl von Drucken 20 Cent per Pfund
Etiketts und Marken in 8 oder mehr Farben gedruckt, aber weder ganz noch zum Teil in Blattmetall gedruckt 20 Cent per Pfund
Zigarrenbänder von derselben Zahl von Farben und Drucken 25 Cent per Pfund
Etiketts und Marken, ganz oder zum Teil in Blattmetall gedruckt 35 Cent per Pfund
Zigarrenbänder, ganz oder zum Teil in Blattmetall gedruckt 40 Cent per Pfund
Büchlein (booklets) 7 Cent per Pfund

Alle anderen Artikel:
1. nicht über 8/1000 Zoll dick . . . 15 Cent per Pfund
2. über 8/1000, aber nicht über 21/1000 Zoll dick und weniger als 35 Quadrat Zoll Schnittgröße 5 Cent per Pfund
3. über 8/1000, aber nicht über 21/1000 Zoll dick und 35 Quadrat Zoll Schnittgröße oder mehr 7 Cent per Pfund
4. über 21/1000 Zoll dick 5 Cent per Pfund

NB. Die Dicke soll ermittelt werden, indem das dünnste lithographierte Material im Artikel als Norm angenommen wird, wobei die Grundlage, auf welche Lithographien montiert oder geklebt sind (Papier oder Karton), mitgerechnet werden soll.

Bücher aus Papier oder anderem Material zum Gebrauche für Kinder, ganz oder teilweise lithographiert, im Gewichte von nicht über 24 Unzen per Stück 4 Cent per Pfund
Modemagazine oder periodische Zeitschriften, ganz oder zum Teil lithographiert oder durch Handarbeit verziert 6 Cent per Pfund
Büchlein (booklets), ganz oder zum Teil mit der Hand oder durch Aufspritzen verziert, gleichviel ob lithographiert oder nicht 10 Cent per Pfund
Abziehbilder in keramischen Farben im Gewicht bis zu 100 Pfund für 1000 Blatt auf der Grundlage von 20x30 Zollausmaß 60 Cent per Pfund

Alle anderen Abziehbilder mit Ausnahme der als Spielzeug dienenden 15 Cent per Pfund
Ansichten von Landschaften, Gebäuden, Plätzen oder Orten in den Vereinigten Staaten auf Karton oder Papier, nicht dünner als 8/1000 Zoll, gleichviel durch welches Verfahren bedruckt oder hergestellt, einschließlich derjenigen, welche ganz oder teilweise durch lithographisches oder Photogelatineverfahren hergestellt sind, jedoch mit Ausnahme der Reklamekarten, gebunden oder ungebunden oder in anderer Form 20 Cent per Pfund
Dieselben Erzeugnisse, dünner als 8/1000 Zoll, per 1000 Stück 2 Dollar.

Der neue Zolltarif ist am 4. Oktober 1913 in Kraft getreten; jedoch werden die Zölle vorläufig noch nach den alten Sätzen erhoben. Die erforderlichen Berichtigungen werden dann später vorgenommen.

Die 5prozentige Zollermäßigung, die nach dem neuen Tarifgesetz für solche Waren gewährt wird, die in amerikanischen Schiffen eingehen, kommt auf Grund des alten mit Preußen abgeschlossenen Handelsvertrages (da das Deutsche Reich als Rechtsnachfolger Preußens zu gelten hat) auch der gesamten Einfuhr aus ganz Deutschland zugute.

Der 15prozentige Strafzoll für Verweigerung der Vorlegung der Geschäftsbücher wird nicht erhoben, wenn der Exporteur vor Legalisierung der Konsulats-Faktura seine Angaben beedigt.

Für die Einlegung von Berufungen gegen Entscheidungen der Zollschätzer werden in Zukunft Gebühren erhoben; auch ist den Importeuren verboten, die Anwälte an den durch sie erstrittenen Zollnachlässen teilnehmen zu lassen.

Ganz oder zum Teil durch Gefängnisarbeit hergestellte Waren sind von der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten ausgeschlossen.

Einen Vergleich mit den bisher geltenden Sätzen des alten Zolltarifs ermöglicht die an sich recht interessante und beachtenswerte Zusammenstellung

der Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels leider nicht, sodaß auch der Grad der Zollermäßigungen für die Erzeugnisse unseres Gewerbes durch den neuen Tarif nicht in die Erscheinung tritt.

Hervorgehoben sei aber, daß große Hoffnungen an den neuen Zolltarif nicht geknüpft werden dürfen. Durchaus zutreffend hob kürzlich die »Chemnitzler Volksstimme« hervor:

»Urteilsfähige Industriekreise äußern sich über die voraussichtlichen Wirkungen der amerikanischen Zolltarifrevision auf den deutschen Export sehr zurückhaltend. Zwar wird nicht verkant, daß viel gestaltliche Möglichkeiten für die Ausdehnung des deutschen Exports sich eröffnen könnten, doch man rechnet nicht minder mit den unbegrenzten Möglichkeiten der Verzollungspraxis in den Vereinigten Staaten und einer elastischen Anpassung der in Frage kommenden amerikanischen Industriezweige an die neu geschaffene Situation. Äußerungen von Amerikanern über eine bald einsetzende Steigerung der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, die in deutschen Blättern verbreitet worden sind, müssen sehr vorsichtig bewertet werden, denn sie stammen aus der Zeit des Kampfes der amerikanischen Hochschutzzöllner gegen die Zollermäßigungen und sind agitatorische Übertreibungen, einst zu dem Zweck in die Welt gesetzt, Herabsetzungen bestimmter Zollsätze zu verhindern. Von den Vätern der neuen amerikanischen Zollgesetzgebung wird die begründete Auffassung vertreten, daß durch den Abbau der Zollmauern die Monopolstellung vieler Kapitalgruppen auf den amerikanischen Märkten in Zukunft weniger mißbräuchlich ausgenutzt werden kann als bisher, daß so zum Vorteil der Konsumenten jene Gruppen, seien sie nun Trusts oder andere Unternehmungen, in ihrer Preispolitik immerhin damit zu rechnen hätten, daß eine wachsame ausländische Konkurrenz ihnen bei Überreibungen auf den Hals rücken kann. Aber die neue Zollpolitik in Amerika stützt sich vor allem darauf, daß es der einheimischen Industrie bei der enorm gewachsenen Leistungsfähigkeit leicht gelingen wird, sich der ausländischen Konkurrenz zu erwehren, und daß die Wettbewerbsfähigkeit durch Verbilligung zahlreicher Materialien infolge der Zollherabsetzung noch steigen wird. In jedem Falle wird man in Deutschland gut tun, die Erwartungen auf die Erweiterung der amerikanischen Märkte nicht allzu hoch zu spannen.«

Was die »Chemnitzler Volksstimme« über die voraussichtlichen Wirkungen der amerikanischen Zolltarifrevision auf die deutsche Ausfuhr im allgemeinen sagt, das trifft zweifellos auch im ganzen Umfange auf unser Gewerbe zu, das durch den alten Tarif so überaus schwer geschädigt wurde. Für unser Gewerbe wird ebensowenig wie für die deutsche Industrie im allgemeinen aus dem neuen Zolltarif eine wesentliche Besserung und Hebung kaum zu erwarten sein.

Erwiderung zu meinem 'geschwänzten' Artikel.

Mein Artikel in Nr. 41 der »Graph. Presse«, dem ein Versammlungsbericht der Barmer Zahlstelle als »Schwanz« angehängt war, gab Veranlassung zu Gegenäußerungen in den Nummern 43 und 44. Daß meine Ausführungen zur Gehaltserhöhung in keiner Weise persönlicher Natur waren, sollte jeder objektiv denkende Kollege erkannt haben. Mir war von vornherein bewußt, mit diesem heiklen Thema Gegenäußerungen hervorzurufen; denn nur so klären sich die Meinungen und damit wird der Sache am meisten gedient. Um nun die Besprechung auf sachlicher Höhe zu halten, schrieb ich in meinem Begleitschreiben dem Redakteur u. a.: »Da es mir um die Wahrheit zu tun ist, so bitte ich, meine Kritik nicht mit beschuldigenden, oder gar mitleidigen Worten abzutun; dadurch würde nichts bewiesen oder widerlegt. Man entkräfte vielmehr seitens der Beamten meine Kritik durch sachliche Widerlegungen.« Leider muß konstatiert werden, daß auch nicht ein Beamter meine Ausführungen widerlegt hat. Auch der Umstand, daß viele Zahlstellen mit der Gehaltserhöhung unzufrieden sind, hätte wenigstens einen Beamten veranlassen sollen, zur Sache das Wort zu nehmen.

Nach 4 Wochen gelangte mein Eingesandt zum Abdruck. Erstaunen erfaßte mich, daß sich die Redaktion hatte verleiten lassen, meinen unverfälschten Artikel ohne mein Wissen dem Vorstände der Barmer Zahlstelle »zur Begutachtung« einzusenden, die ihn dann, ebenfalls ohne mein Wissen, zur Besprechung und zur Beschlußfassung der Mitgliederversammlung vorlegte. Dazu lag absolut kein Grund vor, weil der Artikel nicht Barmer Verhältnisse erörterte. Der Redakteur Barthele in Ehren. Jeder macht mal einen Schützer, gestehe man ihm doch ein. Wohin in aller Welt soll es denn führen, wenn sachliche, persönliche Meinungsäußerungen dieser Art übermittelt werden? Wo war dieser Brauch bisher üblich?

Zwei Gründe haben den Redakteur veranlaßt so zu handeln. Erstens mein Fernbleiben aus der Versammlung, in der berichtet wurde, und zweitens der Umstand, daß der Artikel außer W. B. auch mit Barmen unterzeichnet wurde. Zu Punkt 1 möchte

ich bemerken: Wo ein Kollege seine Information einholt, spielt keine Rolle. Daß die Berichterstattung eines Delegierten besser und ausführlicher sein soll, als die Artikelserie der »Graph. Presse«, möchte ich bezweifeln. Bekanntlich holt jeder sein Wissen dort, wo er glaubt, am besten unterrichtet zu werden. Zu Punkt 2 folgendes: Die Unterschrift W. B., Barmen hat auch unter meinen früheren Artikeln gestanden; weshalb wurde damals nicht so verfahren? Im übrigen hat mich der Artikel des Kollegen Adolf Blum, der auch auf »ungeschwänzte« Meinungsäußerung hält, gefreut.

In Nr. 43 streift der Vorsitzende des Zentralausschusses, Kollege Richard Hiekmann, Dresden, meine, für ihn »sonderbaren« Ausführungen in mitleidigen Worten. Er geht auch groß und breit auf das — von mir als nicht günstig bezeichnete — Abstimmungsverhältnis zur Gehaltserhöhung ein, ohne daß dadurch aber an meinen Ausführungen etwas geändert würde. Trifflige Gründe, weshalb die beamteten Kollegen so viel besser bezahlt werden müssen, als die im Berufe Tätigen, führt man nicht an. Gerade dieses möchte ich gerne klar gestellt wissen. Glaubt Kollege H. etwa, daß seine Ausführungen die Notwendigkeit der Gehaltserhöhung beweisen oder rechtfertigen? Das hieße, die Kollegenschaft niedrig einschätzen.

Ich hoffe, nicht falsch verstanden zu werden. Auch unsere Beamten in Ehren. Sie sind unbedingt nötig und, soweit ich sie kenne, auch befähigt. Sie sind als die Tüchtigsten ausersehen und werden dementsprechend auch entlohnt, denn 50—55 Mk. pro Woche halte ich nach wie vor für einen angemessenen Verdienst. Anerkenne man daher die Resolution der Eiberfelder Zahlstelle (wo auch der Barmer Delegierte Bericht erstattet hat), welche dahin lautet, daß die Beamten jetzt ihren Idealismus zeigen können, indem sie auf die Gehaltserhöhung verzichten.

Für solche Kollegen, welche glauben, daß unsere Beamten nie zu viel verdienen, wäre noch zu empfehlen, aus der neuesten Lohnstatistik einen stoffweisen Auszug der gleichstehenden Löhne an den einzelnen Orten auszuarbeiten. Das bedingt kein großes Arbeitspensum; auch dem Hauptvorstand würde die Zusammenstellung keine große Arbeit auferlegen. Mit der Bekanntgabe würden manchen Kollegen die Augen geöffnet.

In Nr. 44 schreibt der Kollege A. F. B., daß wir bezüglich Unterstützung mit an erster Stelle stehen. Hierbei darf aber nicht verschwiegen werden, daß wir auch in punkto Beitragszahlung mit an erster Stelle marschieren. Für gute Ware, gutes Geld. Daß die Partei höhere Gehälter bezahlt, ist bedauerlich, läßt aber keineswegs den Schluß zu, deshalb die Bewilligung der Gehälter nicht kritisch beurteilen zu sollen. Verurteilen muß ich, daß A. F. B. alle Kollegen als Kleinräumerseelen ansieht, welche betreffs Bezahlung der Beamten eine andere Meinung haben als er. Seiner Darstellung nach muß der Schaffenseifer der Beamten außergewöhnlich sein; alle Achtung vor solchen Kräften! Werden diese enormen Überstunden als solche nicht bezahlt? Umsonst soll man nichts verlangen! Oder gibt's hier auch flauere Zeiten, die man durch Leistung von Überstunden auszugleichen sucht? Dann wäre allerdings Bezahlung auch nicht am Platze. Wenn ich auch aus einer mittleren Zahlstelle von 150 Mitgliedern schreibe, so weiß ich infolge langjähriger Tätigkeit doch ein Wörtchen mitzureden. Ich bestreite, daß unsere Beamten derart überbürdet sind, daß eine 12—16stündige Arbeitszeit ohne jegliche Vergütung geleistet werden muß. Komme man daher der Öffentlichkeit nicht mit solchen Ausflüchten. Ich rate A. F. B. dringend, bei solcher Art Argumentation vorher genau Erkundigungen einzuziehen, auch dann noch, wenn er nunmehr 25 Jahre in Ehren seine Kraft dem Verbands aus Idealismus opfert. Soviel ich unterrichtet bin, werden die wöchentlich stattfindenden Sitzungen im Hauptvorstand, ebenso auch alle übrigen entschädigt. Ob auch mit 50 Pfennig pro Sitzung, wie für die Ortsvorstände laut Handbuch vorgeschrieben ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es wäre gut, hierüber Ausführliches zu hören, ebenso auch darüber, wie hoch die Spesen angedreht werden; denn der Gauleiter unseres Gaues soll, wenn er abends seinen Wirkungskreis verläßt, um in einer Zahlstelle zur Versammlung anwesend zu sein, einschli. Übernachten 10 Mk. Entschädigung und freie Hin- und Rückfahrt 3. Klasse erhalten. Der Gegenbeweis darf nur durch Belege erbracht werden. — Versäumen wir nicht auch unsere Zeit? Verzehren wir nicht unser Geld in der Versammlung? Erledigen wir nicht nach Feierabend für Gewerkschaft, Partei, Genossenschaft unser Arbeitspensum ohne nennenswerte Entschädigung? Wir wären froh, bis 40 Mk. pro Woche für unsere Arbeitsleistung, welche nicht immer die schlechteste sein muß, zu erhalten! Nicht zu reden von den Zeiten, wo Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik oder Aussperrung, Lohnausfälle für uns mit sich bringen. Solche Abzüge kennen unsere Beamten nicht. Sie wissen aber zu genau aus eigener Erfahrung, wie wenige einen Lohn von 40 Mk. erreichen. Glauben sie bis 70 Mk. pro Woche verdienen zu müssen, um ein halbwegs erträgliches Leben zu führen, so bestreite ich ihnen dieses nicht. Auch ich wäre nicht abgeneigt, eine solche Bezahlung anzunehmen, würde mich aber sehr bedanken, dieses aus der Kasse von ersparten Arbeitergroschen zu beanspruchen.

Nach meiner Ansicht, verehrter Kollege A. F. B. sind schon die Grenzen des Erlaubten durch die Gehaltsbewilligung in Stuttgart überschritten. Da nützt keine Beschwichtigungs politik mehr. Beweise man mir lieber das Gegenteil. Wird schon die Sicherstellung unserer Verbandsangelegenheiten durch eine angemessene Alterspension als solche nicht gewürdigt? — Mir scheint auch, als ob die ruhige Entwicklung unseres Verbandes nur ja nicht gestört werden soll (siehe Beschluß zum graphischen Industrieverband), obschon die Arbeiterschaft nachweisbar profitieren würde. — Beugen wir darum bei Zeiten vor, dann dienen wir der Sache.
W. B., Barmen.

Die neue Gehaltsskala.

Unsere Mannheimer Kollegen werden sich wohl hinter den Ohren kratzen, wenn sie das Schicksal ihrer Resolution erfahren. Sie werden, wenn man nach den Beschlüssen der Versammlungen, die sich mit der Mannheimer Resolution befaßten, urteilen kann, mit ihrem Antrage Fiasko erleiden. Und das mit Recht. Ist es denn wirklich so, daß die neue Gehaltsskala das wichtigste Ereignis unserer letzten Generalversammlung sein soll? So hohe Anforderungen an den Geldbeutel unserer Kollegen stellt der Beschluß der Generalversammlung doch nicht. Es ist direkt übertrieben, wenn der Kollege Ehlers schreibt: »Die Folgen der Mehrbelastung werden eine baldige Beitragserhöhung auslösen müssen.« Durch eine Mehrbelastung unserer Verbandskasse um etwas über einen halben Pfennig pro Mitglied und Woche soll uns die Meinung aufgeblüht werden, daß wir mit dem jetzigen Beitrag nicht auskommen können? Es muß scharf zurückgewiesen werden, wenn mit solchen Mitteln ein Beschluß unserer obersten Instanz heruntergerissen wird.

Nun zum Antrag Mannheim selbst. Es war bisher in unserem Verbands nicht üblich, 4 Wochen nach dem Verbandstage einen seiner Beschlüsse wieder wegzustimmen. Wir brauchen dann keine Generalversammlung mehr. Immer wird es Mitglieder geben, die mit irgend etwas nicht einverstanden sind. Da könnte doch bei allem möglichen eine Urabstimmung verlangt werden. Beim besten Willen ist nicht zu glauben, daß auch nur ein Fünftel unserer Mitglieder den Antrag unterstützt. Die Kollegen haben den guten Sinn, derartige Unstimmigkeiten der nächsten Generalversammlung zu überweisen. Die Mitgliedschaft Leipzig, eine der größten unseres Verbandes hat ja gegen 10 Stimmen, von ungefähr 800, den Mannheimer Antrag abgelehnt, ebenso die Berliner Steindruck- und Lithographen. Es ist zu hoffen, daß die ruhige Überlegung die Mehrzahl der Kollegen von der Unannehmlichkeit des Mannheimer Antrages überzeugen wird.
Fritz Marx, Leipzig.

Ortsberichte.

Erfurt. In unserer am 12. November stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Meier-Durst, Saalfeld, einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über »München als deutsche Kunststadt.« Er führte besonders aus, daß München nicht nur im graphischen Gewerbe mit an erster Stelle rangiere, sondern auch auf dem Gebiete der Architektur, bildenden Künste usw. eine ganz hervorragende Stellung einnehme. Seinen interessanten Vortrag ergänzte er noch durch eine Ausstellung, welche Reproduktionen der Werke verschiedener Münchner Künstler enthielt. Ganz besonders fesselte die Kollegen die Ausstellung von 120 Original-Arbeitzeichnungen des Nürnberger Künstlers Preisler. Die Veranstaltung dürfte viel zur Agitation und Anregung beitragen haben, und es ist besonders erfreulich, daß auch viele Mitglieder unserer Lehrlingsabteilung mit anwesend waren. — Sodann erfolgte die Verlesung der Mannheimer Resolution. Die Diskussion hierüber war sehr ausgiebig und lebhaft. Während bei der Berichterstattung von der Generalversammlung nur ganz vereinzelte Stimmen die Gehaltserhöhung unserer Beamten kritisierten, legten sich in dieser Versammlung eine größere Anzahl Kollegen mit wahren Feuereifer für diese Resolution ins Zeug. Die Stuttgarter Generalversammlung wurde als diejenige bezeichnet, welche bisher das klüglichsste Resultat gezeitigt habe. Geredet wurde viel, aber die Taten seien ganz minimal gewesen. Am meisten sei zu bedauern, daß über die wichtige Gehaltserhöhung unserer Beamten nicht namentlich abgestimmt wurde; dann hätte wenigstens jedes Mitglied aus dem Protokoll ersehen können, welcher Delegierte für die Gehaltserhöhung gestimmt habe. Für die Ortsvorsitzenden und Ortskassierer, welche im Nebenamt eine unendliche Kleinarbeit zu leisten haben, um überhaupt nur die Anstellung von Beamten ermöglichen zu können, habe die Generalversammlung noch nicht einmal 1/2 Prozent Erhöhung ihrer Bezüge gebracht. Auch die Anstellung von zwei neuen Beamten wurde verurteilt. Sodann wurde noch der Chemigraphentarif unter die Lupe genommen. Das Resultat der sehr erregten Diskussion war, daß sämtliche anwesenden 31 Kollegen für die Mannheimer Resolution stimmten, da nicht die Ansicht des einzelnen Delegierten bei dieser wichtigen Frage maßgebend sein sollte, sondern der Wille der Gesamtkollegenschaft Deutschlands solle dadurch

zum Ausdruck gebracht werden. Die meisten Kollegen erklärten ihre Übereinstimmung mit dem Inhalt der Artikel des Barmener und des Hamburger Kollegen in den letzten Nrn. der »Graph. Presse«. Zum Schluß wurde noch lebhaft bedauert, daß der Kollege Herbst, Leipzig, bis jetzt noch nicht in der Lage war, seinen Vortrag »Die technische Umwälzung im graphischen Gewerbe« halten zu können; hoffentlich werde dies bald geschehen.

Itzehoe. In unserer Monatsversammlung wurde hauptsächlich über die Gehaltserhöhung unserer Angestellten debattiert. Zunächst wurde das Rundschreiben der Mannheimer Zahlstelle scharf zurückgewiesen. Alle Kollegen sprachen sich gegen die Urabstimmung aus. Jeder Kollege mußte sich sagen, daß zwar zur Zeit die Finanzlage nicht günstig sei, daß aber die Gehälter unserer Angestellten im Verhältnis zu anderen Organisationen noch lange nicht die besten sind. Man hätte es allerdings gern gesehen, wenn der Hauptvorstand Genaueres mitgeteilt hätte, inwieweit sich die Gehaltserhöhung erstreckt. Aber doch kann jeder Kollege, ohne große Kritik zu üben, diese Gehaltsaufbesserung anerkennen. Wie demokratisch hört es sich an, wenn von unseren Angestellten verlangt wird, sie sollen für unsere Lohnerhöhung usw. mit den Unternehmern verhandeln, während man unsern Angestellten selbst eine schon bewilligte Lohnerhöhung wieder entziehen möchte. Auf der einen Seite kämpfen wir für unser Prinzip, auf der anderen Seite wird es bekämpft, und sogar in unseren Reihen selbst. Gerade wir sollen sehen, daß erst einmal unsere Angestellten gut bezahlt werden; dann können uns die Gegner wenigstens nicht vorwerfen, wir bezahlten nicht einmal unsere eigenen Angestellten vernünftig. Riesengehälter gibt es bei den Gewerkschaften nicht. Daher haben alle anwesenden Kollegen dem Zirkular des Hauptvorstandes zugestimmt.

Leipzig. In der am 11. November stattgefundenen Versammlung wurde nach eingehender Debatte der Mannheimer Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung über die Gehaltserhöhung der Beamten mit 788 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Sodann nahmen die Versammelten Kenntnis von der Amtsniederlegung des Kollegen Pfeiffer. Das Amt des Ortsangestellten soll nach Anhörung der hiesigen Verwaltung vom Hauptvorstand und Zentralausschuß zur Neubesetzung ausgeschrieben werden. — Schließlich wurden noch Mitteilungen über die Fachschule der Lithographen und Steindruckergemacht, über die noch ausführlich berichtet werden wird.

Lübeck. Die am 28. Oktober abgehaltene, sehr gut besuchte Monatsversammlung befaßte sich u. a. auch mit dem Antrag der Zahlstelle Mannheim betreffs der Urabstimmung über die Gehaltserhöhung unserer Verbandsangestellten. Die Versammlung mißbilligte in einer äußerst regen Debatte das Verhalten unserer maßgebenden Instanzen, die den Mut besaßen, in einer so kurzen Zeit nach Beendigung unserer leider so ungünstig verlaufenen Bewegung einen Antrag auf Gehaltserhöhung einzubringen. Auch wurde es schwer gerügt, daß dieser Antrag nicht einmal mit den allgemeinen Generalversammlungsanträgen veröffentlicht wurde, welche Unterlassungssünde zu den ärgsten Mißdeutungen Anlaß bot. Der Beschluß der Generalversammlung, 33 Stimmen für Gehaltserhöhung, 29 dagegen, hätte einen Verzicht der Angestellten auf Gehaltserhöhung bedingt. In Zukunft müßten derartige Anträge anders geregelt werden, eventuell durch Urabstimmung, Zweidrittelmajoritätsbeschluß oder dergleichen. So sehr die Versammlung auch mit dem Mannheimer Antrage sympathisierte, kam sie doch fast einstimmig zur Ablehnung der beantragten Urabstimmung. Die Generalversammlung habe als unsere höchste Instanz die Gehaltserhöhung beschlossen und deshalb bestünde der Beschluß zu Recht.

München. Eine gut besuchte Versammlung der Filiale I befaßte sich am 14. November mit der Mannheimer Resolution zur Gehaltsfrage. Der Vorsitzende machte einige einleitende Bemerkungen. Er wies dabei auf die verschiedenen Artikel in der »Gr. Pr.« und die Rundschreiben der Zahlstelle Mannheim und des Hauptvorstandes hin. Das letztere und die Haltung der »Gr. Pr.« zu dem Artikel des Barmener Kollegen lieferten den Beweis, wie recht die Mannheimer Kollegen haben, und bewirkten gerade das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß der Hauptvorstand kein Recht habe, sich auf die Löhne von 60 Mark und darüber zu berufen, da diese doch nur durch das mit Recht so berichtigte Tarifsystem erzielt werden. Allgemein wurde die Art der Gehaltsregelung, wie sie auf der Stuttgarter Generalversammlung vor sich ging, mißbilligt. Die Versammlung gab dem auch Ausdruck durch die einstimmige Annahme folgender Resolution: »Die am 14. November tagende Mitgliederversammlung der Filiale I, München, beschließt sich mit dem Antrag Mannheim auf Urabstimmung und bedauert aufs lebhafteste, daß durch die satzungs- und geschäftsordnungs-widrige Behandlung der Gehaltsfrage auf der Generalversammlung der Antrag Mannheim erst notwendig wurde. Einer ehrlichen und objektiven Behandlung der Gehaltsfrage würden sich die Mitglieder wohl schwerlich verschlossen haben. Aber aufs entschiedenste wenden wir uns gegen die Art, in der diese Sache auf der Generalversammlung behandelt wurde. Denn auch hier hatte man, wie

schon so oft, wieder damit gerechnet, einen Über-rumpelungsbeschluß zustande zu bringen, dem die Mitglieder dann, wenn auch nicht ohne Murren, sich doch zu fügen haben als einem von der obersten Instanz gefaßten Beschluß. Die Mannheimer Kollegen haben sich daher gegenüber den von unseren hohen und höchsten Körperschaften ausgehenden ständigen Versuchen, die Rechte der Mitglieder mehr und mehr zu beschneiden, ein Verdict erworben zur Wahrung der demokratischen Rechte der Allgemeinheit. Denn nur das Wohl und der Wille der Allgemeinheit sollen oberstes Gesetz sein!«

Rheydt. Unsere Mitgliederversammlung vom 10. November beschäftigte sich eingehend mit der Mannheimer Resolution betreffs Gehaltserhöhung unserer Beamten. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß eine Gehaltserhöhung nicht am Platze war, da auch alle Verbesserungsanträge zum Unterstützungswesen von der Generalversammlung aus Sparsamkeitsrücksichten abgelehnt wurden. Die Mannheimer Resolution wurde einstimmig angenommen.

Schwerin i. M. Unser Wahlkreisabgeordneter Kollege Hacker aus Lübeck erstattete der Mitgliederversammlung einen Bericht von der Stuttgarter Generalversammlung, der in jeder Weise ausgezeichnet war. An der Aussprache über die Beschlüsse der Generalversammlung beteiligten sich alle Mitglieder. Der Mannheimer Resolution, die im Mittelpunkt der Aussprache stand, wurde einstimmig zugestimmt. Es wurde bedauert, daß die Angestellten unseres Verbandes nicht denselben Idealismus bezeigen, den die Mitglieder bei der Verkürzung des Kranken- und Invalidengeldes hatten. Wir haben hier am Orte einen Invaliden, der dem Verbandsca. 20 Jahre angehört, und es tut uns allen in der Seele weh, wie der verheiratete Kollege mit seinen 6 Mk. die Woche auskommen soll. Der Hauptvorstand muß aber unbedingt Zulage haben und zwei neue Beamte dazu — von wegen der vielen Arbeit. Kollege Dietrich hat zwar im alten Senefelderbunde mit nur einer Schreibhilfskraft, die Verwaltung von rund 10000 Mitgliedern geführt, aber das waren ja alte, unmoderne Zeiten; jetzt benötigen wir bei rund 17000 Mitgliedern 14 Beamte. Unsere Kranken- und Invaliden brauchen ja einfach nicht so »kolossal hohe« Unterstützungsgelder. Daß dieser Gegensatz wohl der Grund zu einer ziemlichen Erregung unter den Mitgliedern ist, ist leicht begreiflich. Dem Hamburger Kollegen Ehlers wurde für seinen mannhaften Artikel »Über unsere Kraft« Dank gezollt. Es gehört tatsächlich Mut dazu, eine andere als die offiziell beliebte Auffassung zu haben. Es wurde einstimmig beschlossen, den Mannheimer Kollegen unsere vollste Sympathie auszusprechen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler

Die Auskunft.

Der unter dieser Überschrift in Nr. 43 der »Graph. Presse« erschienene Artikel des Kollegen Lz. hat wieder einmal das größte Mißfallen des Schutzverbandsorgans ausgelöst, dem ja bekanntlich jede Maßnahme, die unser Verband zum Schutze seiner Mitglieder gegen Lohndrückerei und Übervorteilungen durch die Unternehmer ergreift, schwer auf die Nerven fällt. Wäre es anders, dann würde ja auch das Blatt als Verfechter der Ausbeuterinteressen des Unternehmertums beim Schutzverbände bald ausgespielt haben. Um sich dieser Gefahr nicht auszusetzen, muß es gegen alle diesen Ausbeuterinteressen entgegenstehenden Einrichtungen und Maßnahmen der Gehilfenschaft fleißig vom Leder ziehen. Daher erschien es ihm wohl auch als eine Notwendigkeit, gegen den kurzen und sachlichen Artikel des Kollegen Lz. in einem Leitartikel, der fast 2 Seiten umfaßt, zu »polemisieren«.

Es zitiert einige Stellen aus dem Artikel des Kollegen Lz. und macht dazu einige Bemerkungen, auf die einzugehen sich wirklich nicht lohnt. Wir hätten das Geschreibsel des Schutzverbandsorgans über die »Auswüchse des gewerkschaftlichen Auskunfts-systems« und andere schöne Dinge auch gar nicht erwähnt, wenn es nicht wieder einmal den Beweis dafür lieferte, daß es dem Blatte so geht wie jenem Pharisäer, der zwar den Splitter im Auge des Nächsten sah, aber des Balkens im eigenen Auge nicht gewahr wurde. Denn es dürfte wohl noch niemals vorgekommen sein, daß durch unser Auskunfts-system, das eben nur dem Schutze unserer Mitglieder gegen Lohndrückerei und Übervorteilung dient, irgend ein Unternehmer in seiner wirtschaftlichen Existenz auch nur beeinträchtigt, geschweige denn lahmgelegt worden wäre. Diese Wirkungen übt aber das Auskunfts-system des Unternehmertums über die Gehilfen fast ununterbrochen aus, wie auch der folgende erst dieser Tage passierte Fall lehrt:

Ein bei einem Berliner Privatlithographen beschäftigter Kollege trat in Engagementsverhandlungen mit einer Berliner Kunstanstalt, die im Schutzverbande seit seiner Begründung eine große Rolle spielt. Seine Muster und Zeugnisse gefielen sehr gut. Er wurde ausgetragt, wo er z. Zt. in Stellung

sei, welchen Lohn er habe usw., worauf er wahrheitsgemäß antwortete. Der Kollege war nicht wenig erstaunt, einige Tage später zu hören, daß sich die Kunstanstalt bei der Privatlithographie, zu deren Stamm er gehörte und in der er sich in ungekündigter Stellung befand, erkundigt habe, ob seine Angaben richtig seien, da er bei ihr Stellung annehmen wolle. Dieses Staunen wird einer begreiflichen Erregung und Entrüstung, als er am nächsten Zuhilfenahme seine Entlassung erhielt mit der Begründung daß er doch bald in der betreffenden Kunstanstalt anfangen werde. Diese hat aber bis heute noch nicht ihre moralische Verpflichtung erkannt, dem Kollegen, der durch ihre Schuld seine Arbeitsstelle einbüßte, eine neue Arbeitsstelle zuzuweisen. Er ist arbeitslos, und wenn ihm nicht der Verband mit seinen Einrichtungen zur Seite stünde, könnte er fedten gehen.

Vielleicht weist uns das Schutzverbandsorgan einen Fall nach, in welchem ein Unternehmer durch unser Auskunfts-system erwerbslos geworden ist. Solange es das nicht kann, soll es sich sein Gebiss über die »Auswüchse des gewerkschaftlichen Auskunfts-systems« und andere Schandthaten der Gehilfen schenken und gefälligst erst einmal gründlich vor der eigenen Türe kehren.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

Zum Artikel: Die Lichtdrucker und der Tiefdruck.

In der vorigen Nr. der »Graph. Presse« beschäftigt sich ein Kollege mit dem in Nr. 41 erschienenen Bericht über eine Versammlung der Leipziger Lichtdrucker, in der ich einen Vortrag über das Tiefdruckverfahren gehalten habe. Ich kann dem Verfasser jenes Versammlungsberichtes den Vorwurf nicht ersparen, vieles berichtet zu haben, was nicht oder doch ganz anders gesagt wurde. Um so angenehmer ist es, durch den Artikel des Kollegen Spr. in die Lage versetzt zu sein, Richtigstellungen vorzunehmen.

Gewiß sagte ich in meinem Vortrage, die Sache sei im Prinzip sehr einfach, aber ich betonte auch, daß sie gerade deshalb mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, da jeder kleine Fehler weit größeren Schaden anrichtet, als bei einem Verfahren, das viele kleine Teilarbeiten bedingt. Ich widerspreche auch dem Kollegen Spr. nicht in bezug auf die Bewertung der Positivversuche bei technischen oder sachlichen Darstellungen; da aber der Tiefdruck durch seine Eigenart wohl zum weitaus größten Teile zur Erzeugung von Drucksachen mit bildmäßiger Wirkung angewandt wird, so ist diese Retusche eben größtenteils überflüssig. Ein Unterschied zwischen Halbton- und Reproduktionsphotographen ist überhaupt nicht gemacht worden und ich stimme deshalb auch hierin mit dem Kollegen Spr. überein. Ein Urteil über die Schwierigkeit des Kopierens für Autotypie habe ich mir nie erlaubt, denn das läßt meine Bescheidenheit nicht zu.

Nun die Ätzer! Nie ist gesagt worden, daß dies die geeignetste Arbeit für Lichtdrucker sei, sondern ich gab nur auf eine Frage in der Diskussion, aus welchen Berufen sich die Ätzer in den Berliner Anstalten zusammensetzten, meiner Verwunderung Ausdruck, daß tatsächlich unter diesen nur wenige Chemigraphen zu finden sind.

Der Schlußsatz in dem Artikel des Kollegen Spr. findet vollkommen meinen Beifall. Ich glaube mich hiermit mit dem Verfasser ausgesöhnt zu haben.

Fr. Hoenniger.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

Gegen die Zwangsinnungen!

Die rigorosen Straffestsetzungen der Berliner Photographen-Zwangsinnung kamen auch in einer Versammlung der Handwerksmeister Groß Berlins zur Sprache, die am 20. Oktober stattfand, um gegen die Zwangsinnungen und deren Anmaßungen zu protestieren. Der Referent, Uhrmachermeister Ritter, erwähnte in dieser Versammlung unter anderem, daß die Photographen-Zwangsinnung es verstanden habe, aus der im Gesetze vorgesehenen Höchststrafe von 20 Mk. für Übertretung der Zwangsinnungsvorschriften Geldstrafen bis zu 2000 Mk. zu machen und sogar mit Haftstrafe zu drohen. Bei Beschwerden über den Innungsvorstand werde aber der Beschwerdeführer von der Gewerbedeputation nicht gehört.

In der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, die gesetzgebenden Körperschaften sollen bei der Neuordnung der Gewerbeordnung dafür Sorge tragen, daß es unmöglich wird, die Zwangsorganisation der Handwerker zur Vertretung selbstsüchtiger Interessen zu benutzen. Die Versammlung forderte, daß Zwangs-

Innungsstatuten nur dann genehmigt werden dürfen, wenn eine Versammlung, zu der alle Beteiligten eingeladen sind, sie gutgeheißen hat. Die Versammlung erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß bei Neugestaltung der Gewerbeordnung Sicherungen dahingehend geschaffen werden, daß die im § 81 a der G.-O. gekennzeichneten Aufgaben der Innungen nicht dahingehend ausgelegt werden, daß die §§ 100 q und 152 und 153 der G.-O. aufgehoben werden.

Ferner wurde gefordert, daß mit Rücksicht auf Erfahrungen im Innungsleben bei Beschwerden über die nach § 92 c G.-O. verfügte Strafe nicht die Aufsichtsbehörden in letzter Instanz entscheiden. Gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde muß das Verwaltungsstreitverfahren zulässig sein. Mit Rücksicht auf den wachsenden Übermut der Zwangsinnungen und den dadurch bedingten rückschrittlichen Geist wurde der Zusammenschluß der mündigen Handwerksmeister durch Gründung eines Bundes der freien Vereinigungen Groß-Berlins beschlossen, die dahin wirken soll, daß dem Handwerker sein Selbstbestimmungsrecht nicht geraubt wird. fh.

Aus den Sektionen.

München. Die Tariffkommission der Münchner Kollegenschaft hatte kürzlich in das Restaurant Guberhaus eine außerordentliche Versammlung einberufen, die verhältnismäßig gut besucht war. Der erste Referent Kollege Budner begründete die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen photographischen Betrieben mit dem Hinweis, daß die meisten Monatsgehälter nach einer Statistik unter 100 Mk stehen und daß die Arbeitszeit meist noch 9 und 10 Stunden, in der Saisonzeit aber 12 und noch mehr Stunden betrage. Kollege Borts teilte sodann mit, daß die Tariffkommission einen Entwurf ausgearbeitet habe, der keinerlei übertriebene oder unerfüllbare Forderungen enthalte. Die Arbeitszeit soll nun 9 Stunden, bei durchgehender Arbeitszeit 8 1/2 Stunden betragen; für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen soll der Werktagslohn und ein Zuschlag von 50 Proz. bezahlt werden; ausgenommen sollen sein die zwei Sonntage vor Weihnachten, Überstunden sollen bis 10 Uhr abends mit 33 1/2 Proz., bis 12 Uhr mit 50 Proz., nach 12 Uhr mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Der Mindest-Wochenlohn soll betragen für neuausgelernte Gehilfen 22 Mk., nach dem ersten Gehilfenjahre 24 Mk., nach dem zweiten 26 Mk., nach dem dritten 28 Mk., nach dem vierten 30 Mk. Akkordarbeit und jedes Prämien-system soll ausgeschlossen sein. Der Entwurf fordert weiter eine Regelung der Lehrlings- und Urlaubstrage, sowie eine vierzehntägige Kündigungsfrist. Der Entwurf wurde genehmigt und sodann der Gehilfenausschuß beauftragt, die geeignet erscheinenden Schritte zur Einleitung von Tarifverhandlungen bezw. zur Durchführung des Tarifvertrages zu unternehmen.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24

Aus den Sektionen.

Berlin. In unserer Mitgliederversammlung vom 25. Oktober hielt Kollege Schubart einen von großer Sachkenntnis zeugenden Vortrag über die „Volksfürsorge“. Er führte den Kollegen eingehend die Schäden und Nachteile der privaten Versicherungs-gesellschaften vor Augen und hob demgegenüber die Vorteile hervor, die uns die „Volksfürsorge“ bietet. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen eindringlichst, diesem von Arbeitern für die Arbeiter gegründeten Unternehmen beizutreten und dafür tätig zu sein. — Eigenartige Praktiken herrschen hier bei der Firma Schilling, die von der Versammlung gebührend gewürdigt wurden. Die dortigen Kollegen mußten einige Zeit aussetzen wegen Arbeitsmangel. Als sie wieder anfangen konnten, stellte die Firma auch gleich 3 weitere Stecher ein, die von außerhalb kamen. Die Folge war, daß, nachdem die Kollegen wieder 14 Tage gearbeitet hatten, sie abermals auf einige Wochen ihre Glieder ausruhen konnten. Es sei darum den Kollegen bei dieser Gelegenheit nochmals dringend ans Herz gelegt, sich bei Stellungswechsel an den Arbeitsnachweis zu wenden, denn nur dadurch kann ähnlichen Vorkommnissen, die der Allgemeinheit schaden, begegnet werden. — In unserm vorigen Ortsbericht wurde irrtümlich mitgeteilt, daß die Firma Klau bei 13 Gehilfen 6 Lehrlinge beschäftigt. Es muß heißen 5 Lehrlinge.

und doch anschaulich ein Lebensbild August Bebel's und stellt ihn plastisch als Mensch, Parteiführer und Politiker vor unser geistiges Auge. Die Schrift hat tatsächlich den großen Vorzug, daß sie nicht allein mit dem Kopf, sondern, wie der Verfasser sagt, mit dem Herzen geschrieben ist; sie wird sicherlich auch zu den Herzen sprechen. *

Erlebnisse eines Weltbummlers. Von P. R. Eichler. Mit einem Geleitwort von Max Winter. Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI. 237 Seiten 8°. Preis gebunden 2,40 Kronen.

Eichlers Erlebnisse eines Weltbummlers, die die Wiener Volksbuchhandlung in Lieferungsheften herausgegeben hat, liegen nun in einem schmunken Band gesammelt vor. Wer das Buch durchblättert und dem Weltbummler auf seinen Pfaden nach Californien, nach Südafrika, nach Australien und Indien folgt, wird immer von Neuem durch das überrascht, was Eichler in anziehender Form zu erzählen weiß. Das bewegte Leben eines starken Menschen mit den seltsamsten Abenteuern im fernen Erdteil zieht an uns vorüber und man wandert gerne im Geist mit dem Weltbummler mit, bald zur Höhe und dann wieder in die Tiefe, wie das wechselvolle Schicksal es will, von dem sich der Weltbummler tragen läßt.

Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche. Von Robert Schmidt. Zweite erweiterte Ausgabe. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Berlin 1913 Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 80 Seiten 8°. Preis 40 Pfg im Buchhandel.

Die Schrift, die zum ersten Mal vor zwei Jahren erschien, hat im Kampf um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend bereits gute Dienste geleistet. Die inzwischen eingetretenen Änderungen in der Jugendschutzgesetzgebung haben eine teilweise Korrektur des Inhalts notwendig gemacht. Der Verfasser hat sich aber damit nicht begnügt. Er hat seine ersten Darlegungen wesentlich ergänzt. Alle die so schwer verständlichen und mühsam auffindbaren gesetzlichen Bestimmungen, die zum wirtschaftlichen Schutze der Jugend erlassen sind, werden hier, übersichtlich geordnet, in klarer Weise erläutert. Praktische Ratschläge für die Jugendschutzarbeit, die von der proletarischen Jugendbewegung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften betrieben wird, erhöhen den Wert der Schrift. *

Künstler-Postkarten, Serie IV: Ludwig Richter. 10 Ansichtskarten aus Ludwig Richter „Es war einmal“. Verlag von Hegel & Schade, Leipzig. Preis 1 Mk.

Der sinnige Dresdener Maler und Zeichner redet auch heute noch durch seine schlichten, einfachen Illustrationen deutscher Volks- und Hausmärchen zum Herzen des deutschen Volkes und seiner Jugend. Warm und gemütvoll muten seine für den Holzschnitt bestimmten Zeichnungen an. Es ist daher nur zur Begrüßung, daß der Verlag Hegel & Schade in Leipzig wieder eine Anzahl seiner Arbeiten in guten Reproduktionen als Postkarten dem Volke zugänglich gemacht hat. ph.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

August Bebel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter von Hermann Wendel. Mit einem farbigen Bilde Bebel's nach dem Gemälde von Tronnier. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. 103 Seiten 8°. Preis 1 Mk., ungekürzte Vereinsausgabe 50 Pfg.

Wohl wird das Andenken an unseren August Bebel in den Herzen des Proletariats lebendig bleiben, da sein Werk lebendig ist und täglich neues Leben hervorruft; nichtsdestoweniger wird der Wunsch, das Erdenwallen und Schaffen kennen zu lernen, gerade jetzt, da der Schmerz über seinen Verlust noch frisch ist, in weiten Arbeiterkreisen vorhanden sein. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Buchhandlung Vorwärts schon wenige Wochen nach dem Hinscheiden Bebel's mit einem Büchlein herauskommt, das dem Gedächtnis und der Würdigung des unvergeßlichen Vorkämpfers gewidmet ist. Hermann Wendel zeichnet in der Schrift knapp

Chiffre - Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme.
Die Expedition.

Stellenangebote

Tüchtiger Maschin.-Retuschneur
wird gesucht. Offerte mit Muster, Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit an [240] A. Krampolek, K. u. k. Hof-Photodermiograph, Wien IV, Viktorgasse 14

Tüchtiger Maschinen-Retuschneur
gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

Nachstecher
für Auto, welcher Verlauf stechen und reißen kann, gesucht. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche an [210] A. Krampolek, K. u. k. Hof-Chemigraph, Wien IV, Viktorgasse Nr. 14.

Zur Bedienung der Atzmaschine u. für Punktfelätzung erfahrener
Atzer
gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

Auf sofort oder später 2 tüchtige
Masch.-Retuschneure,
eine erste-klassige

Farb- u. Auto-Atzer
sowie einen jüngeren, tüchtigen
Auto-Photographen
sucht J. G. Huch & Co. [330] G. m. b. H., Braunschweig.

Ich suche im Nachweis 2 solide, möglichst ältere
Stecher u. 1 Zeichner
der auch Abriebe kann
Cäsar Oeschmann, Hannover, Fabrik f. Tapetendruckwalzen u. Formen, Vahrenwalderstr. 58c. [240]

Verschiedenes
Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz-, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Ludra
48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,- u. 8,50. Fadennächtig gepflegt ist das beste Umdruckpapier. — Goldlack gibt der Bronze festen Halt und tadelloser Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5,-. — Bestes Tonschutzmittel für Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50. — Trockenmittel usw. [180] H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Schon und schützt die Augen!
Die Sonne der Nacht!
Pat. unübertr. Lichtverstärker u. Augenschützer. An jeder Lampe, Petroleum, Gas oder elektr. leicht u. bequem anzubringen. Unentbehrlich für jeden Kollegen, Lithogr., Photogr. etc. Muster franko geg. Einsend. v. 1,30 M. (keine Briefen) Bei Mehrbezug hoher Rabatt. [300] G. Christiansen, Saalfeld a. S., Reinhardtstr.

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe
Berlin S 61, Tempel-Herrenstraße 20 a

Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung sowie zur Ausbildung als Kontor- u. Betriebsbeamter.
Kurse zur Ausbildung als Zeitungs- u. Reklamefachmann. Kalkulation von Buch- und Steindruckarbeiten, Buchführung, kaufm. und allgemeines Rechnen.
Kurse zur Einführung in das Offsetverfahren.
Brief-Unterricht: Vorbereitungskur. auf die Meisterprüfung für das Buch- u. Steindruckgewerbe; Kalkulation von Buch- u. Steindruckarbeiten sowie Papierkunde; Tonplattenchnitt.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie
Festschrift von Fritz Hansen
Verlag von
Conrad Müller, Schkeuditz
Preis 55 Pfg. (portofrei)
Bel 10 Stück ein Freilexemplar

Wollen Sie Ihr Inserat
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Porträts,

(Rohvergrößerungen auf Zeichenpapier)
Papiergr. 35/45 cm 1,30, aufz. a. Kart. 1,50
" 40/50 " 1,50, " " " 1,75
" 50/60 " 2,25, " " " 2,60
usw.

Paul Phemel,
Anstalt für photogr. Vergrößerungen, Frankfurt a. O., Berlinerstr. 29-29.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pfg.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Welland. Preis inkl. Porto 85 Pfg.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pfg.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Wir ersuchen um Mitteilung der Adresse des Steindruckers
Robert Berger.
Zahlstelle Karlsruhe I. B., Emil Rottweller, Kaiserstr. 71.

Achtung! Halle a. S.!
Auskunfterteiler ist bis auf weiteres P. Burrath, Rellstraße 1111.

Die Verbandsfunktionäre und Kollegen werden gebeten, die derzeitige Adresse des Retuschneurs Lothar Buchhorn an Unterzeichneten gelangen zu lassen. (Fr. Reichardt, Osterwick a. H. (postlag.)